

KAB ARBEITER ZEITUNG

KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND

Nr. 6

25. MAI

FÜNF JAHRE KULTURREVOLUTION IN CHINA

Am 25. Mai 1966 wurde von Studenten der Pekinger Universität in der Mensa die erste "Wandzeitung mit großen Schriftzeichen" ausgehängt. Am 1. Juni wurde auf Anordnung Mao Tse-tungs der Wortlaut dieser Wandzeitung über Presse und Rundfunk in ganz China bekanntgemacht. Das war der Beginn einer revolutionären Massenbewegung, die die internationale Arbeiterbewegung um viele wertvolle Erfahrungen bereichert hat. Die Große Proletarische Kulturrevolution in China war eine wichtige Konkretisierung der These Lenins: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange diese nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration." (Lenin, die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky).

Auch in der sozialistischen Gesellschaft bestehen noch Klassen und Klassenkampf weiter, und es kommt zur Gegenüberstellung und Kampf zwischen sozialistischen und kapitalistischen Weg. In der Volksrepublik China waren der Kampf gegen die bürgerlichen Rechten 1957, der Kampf gegen die reaktionäre Fraktion Peng Te-huafs 1958 und der Kampf um die sozialistische Erziehungsbewegung Ausdruck des heftigen Kampfes zwischen zwei Klassenlinien, zwischen zwei Wegen der Entwicklung. Es waren Kämpfe, in denen über das weitere Schicksal der chinesischen Revolution entschieden wurde.

Kulturrevolution ist keine „akademische Debatte“

Die Kulturrevolution nahm ihren Anfang 1963 mit einer umfassenden Kritikbewegung auf dem Gebiet der Literatur und Kunst, deren Hauptgewicht auf der Reform der Bühnenkunst lag. In diesem Stadium der Revolution bestand die Taktik der bürgerlichen Kräfte darin, die Kritik-Bewegung auf ein abstraktes und akademisches, vom Leben des Volkes losgelöstes Niveau zu zwingen. Diese bürgerliche Linie lief den Zielen der Kulturrevolution direkt entgegen: durch Mobilisierung der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen den bürgerlichen Elementen die Macht zu entreißen und die Diktatur des Proletariats zu stärken und zu sichern.

INHALT

- 5 NIE DEN KLASSENKAMPF VERGESSEN
- 7 DIE GROSSE PROLETARISCHE DEMOKRATIE
- 9 DIE ARBEITER BRAUCHEN IHRE PARTEI
- 12 ÜBER WELCHE POLITISCHEN DIFFERENZEN MUSS DISKUTIERT WERDEN? (kurze Thesen)
- 14 "BEFREIT EUCH VON EGOISTISCHEN INTERESSEN UND SCHLIESST EIN GROSSES BÜNDNIS DER REVOLUTIONÄREN REBELLEN" (Nachdruck aus der "Peking Rundschau" 1967)
- 16 25 JAHRE SED

Kulturrevolution ist Klassenkampf

Ein bedeutender theoretischer Beitrag für die politische Ausrichtung der Kulturrevolution war in dieser Situation der am 4. Mai von der JIEFANGJUN BAO ("Armee-Zeitung") veröffentlichte Artikel "Nie den Klassenkampf vergessen!" Dort wurde sehr klar gesagt: "Die Massen verstehen, daß es sich bei der gegenwärtigen großen Polemik an der Kulturfront auf keinen Fall nur um einige Artikel, Theaterstücke und Filme handelt, und diese Polemik nicht nur eine akademische Disputation ist. Es ist ein äußerst scharfer Klassenkampf, ein prinzipieller Kampf zur Verteidigung der Ideen Mao Tse-tungs. Es ist ein scharfer, langwieriger Kampf auf ideologischem Gebiet darüber, wer siegen wird: das Proletariat oder die Bourgeoisie. ... Es ist eine entscheidende Frage im gegenwärtigen Stadium, bei der es um die Weiterentwicklung der sozialistischen Revolution in unserem Lande geht, eine Frage, die das Ganze betrifft, eine Sache von größter Bedeutung, die das Geschick und die Zukunft unserer Partei und unseres Staates sowie der Weltrevolution betrifft."

Die chinesischen Genossen betrachten ihre Große Proletarische Kulturrevolution als Teil der Weltrevolution. Für die Weltrevolution, für den Kampf des Proletariats und der unterdrückten Völker, ist es eine Frage von hoher Bedeutung, ob die Volksrepublik China das Zentrum der Weltrevolution bleibt, oder ob dort bürgerliche Kräfte eine Restauration einleiten. Somit ist der Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution auch ein Sieg der Weltrevolution, ein Sieg des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker.

Am 16. Mai erschien das Rundschreiben des ZK der KP Chinas, in dem Theorie, Linie, Kurs und Politik der Kulturrevolution festgelegt wurden, und das zum Programm der Großen Proletarischen Kulturrevolution wurde. Das ZK der KP Chinas verfügt in diesem Rundschreiben die Auflösung der bis dahin für die Kulturrevolution verantwortlichen "Fünfer-Gruppe" und wies deren bürgerliche Thesen des Berichts über die gegenwärtige akademische Diskussion vom 12. Februar 1966 entschieden zurück: "anstatt die ganze Partei zu ermutigen, die breiten Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten sowie die Kämpfer für eine proletarische Kultur kühn zu mobilisieren, damit sie weiter vorwärtstürmen können, tut man in den Thesen alles mögliche um diese Bewegung nach rechts zu zeren. Mit unklaren, sich widersprechenden und heuchlerischen Worten wird in den Thesen der heftige Klassenkampf, der gegenwärtig an der kulturellen und ideologischen Front vor sich geht, verschleierte." (Rundschreiben). Das Rundschreiben des ZK wies darauf hin, es sei notwendig, ... jene Vertreter der Bourgeoisie, die sich in die Partei, in die Regierung, in die Armee und in die verschiedenen Bereiche der Kultur eingeschlichen haben, zu kritisieren und zu verurteilen, sie hinauszuschieben oder zum Teil auf andere Posten zu versetzen. Vor allem darf man diese Leute nicht mit der Führung der Kulturrevolution betrauen; tatsächlich gab und gibt es dennoch viele, die diese Arbeit verrichten; das ist äußerst gefährlich."

Einige Tage nach dem Rundschreiben des ZK der KP Chinas erschien in der Peking Universität am 25. Mai die erste "Wandzeitung mit großen Schriftzeichen", das Signal einer revolutionären Massenbewegung von Kritik und Umformung. Die bürgerlichen Elemente waren zu dieser Zeit noch keineswegs gestürzt, sondern griffen zu dem Trick, die Revolutionäre als "Konterrevolutionäre" und "Schwarze Bande" zu verleumdern, zu

verfolgen und gewaltsam zu unterdrücken.

Die Zeitschrift HONQI ("Rote Fahne") brachte in Nr. 5/1967 einen ausführlichen und anschaulichen Bericht über die Tätigkeit einer von bürgerlichen Elementen beherrschten "Arbeitsgruppe" an der Peking Universität im Juni/Juli 1966. Die "Arbeitsgruppe" war am 9. Juni mit weitgehenden Vollmachten der Partei ausgestattet in der Universität erschienen. Zunächst erklärte die "Arbeitsgruppe" sämtliche Funktionäre kurzerhand für abgesetzt. Den Funktionären wurde das Lesen von Wandzeitungen und jede Teilnahme an der Kulturrevolution verboten. Die Funktionäre wurden unter Hausarrest gestellt und mußten über dem reaktionären Buch Liu Schao-tsch'i von der "Selbstschulung" brüten. Dadurch sollten sie sich angeblich "umerziehen". Sodann wurden etwa 70% aller Funktionäre und Kader an der Universität als "hässliche Elemente" (d.h. bürgerlich) abgestempelt. Alle Funktionäre ohne Unterschied sollten zur "Selbstkritik" gezwungen werden.

Tatsächlich diente diese Taktik der Verurteilung aller Funktionäre nur dazu, eine ungesunde Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens zu schaffen und vom Kampf gegen die wirklichen Hauptvertreter der bürgerlichen Linie an der Universität abzulenken. Das war die Politik "mit der roten Fahne wedeln, um gegen die rote Fahne zu kämpfen", mit schein-radikalen Maßnahmen eine reaktionäre Politik zu verfolgen. (nach PEKING RUND-SCHAU, 15/11. April 1967)

Zu dieser Taktik der bürgerlichen Elemente hatte die JIEFANGJUN BAO schon in ihrem Artikel "Nie den Klassenkampf vergessen!" am 4. Mai festgestellt: "Bemerkenswert ist, daß in der gegenwärtigen neuen Klassenkampfsituation die gegen uns von der Handvoll parteifeindlicher antisozialistischer Elemente entfesselte Offensive neue Charakterzüge trägt. Sie entrollen 'rote Fahnen', um gegen die rote Fahne zu kämpfen, hüllen sich in den Mantel des Marxismus-Leninismus und der Ideen Mao Tse-tungs, um gegen den Marxismus-Leninismus um die Ideen Mao Tse-tungs zu kämpfen."

Die 11. Vollversammlung des 8. ZK der KP Chinas vom 1.-12. August gab wichtige programmatische Hinweise und unterstützte die revolutionäre Massenbewegung. Das ZK-Plenum stellte u.a. fest: Das Hauptangriffsziel in der gegenwärtigen Bewegung sind diejenigen in der Partei, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen. Die Massen der Arbeiter, Bauern und Soldaten, der revolutionären Intellektuellen und Funktionäre bilden die Hauptkraft in der Großen Proletarischen Kulturrevolution. In der Großen Proletarischen Kulturrevolution können die Massen nur selbst sich befreien. Die Methode, daß die Partei alle Fragen statt der Massen lösen will, darf nicht angewendet werden.

Die Stärke dieses ZK-Beschlusses liegt darin, klar das Hauptangriffsziel der Kulturrevolution bezeichnet und festgestellt zu haben, daß die Befreiung der Massen eine Frage der Massen selbst ist. Die Schwäche des Beschlusses liegt indessen in seinen Punkten 13 und 14, die einer bürgerlichen Interpretation Raum geben. In diesen Punkten war die Entwicklung der Produktion übermäßig in den Vordergrund gestellt worden und eine Ausdehnung der Kulturrevolution auf die Betriebe abgelehnt worden. In diesen Punkten kommt der fortwährende Kampf zweier Linien auch im ZK der KP Chinas zum Ausdruck. Ein Fehler des Beschlusses war auch, nicht klar genug die werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse als Hauptkraft der Revolution bezeichnet zu haben. Diese Fehler wurden im weiteren Verlauf der Kulturrevolution korrigiert.

Inzwischen waren nach der Veröffentlichung der ersten "Wandzeitung mit großen Schriftzeichen" überall im Lande revolutionäre Jugendgruppen, Rote Garden, entstanden. Zu Massenkundgebungen kamen während des Sommers und Herbst 1966 mehrere Millionen revolutionäre Jugendliche nach Peking.

Kampf zweier Linien

Der Versuch der bürgerlichen Kräfte, die Kulturrevolution auf eine akademische Debatte einzuzwingen und sie im Staub uralter Bücher und Manuskripte zu erstickern, war bereits gescheitert. In diesem Stadium der Großen Proletarischen Kulturrevolution war es die Taktik der bürgerlichen Kräfte, die Kulturrevolution von den Fabriken und landwirtschaftlichen Betrieben fernzuhalten, die führende Rolle der Arbeiterklasse abzulehnen und demagogisch einen Widerspruch zwischen Revolution und Produktion zu konstruieren. Diese bürgerliche Linie hatte auch in der Führung der KP Chinas noch ihre Vertreter.

Die bürgerlichen Elemente wollten vom Kampf gegen die Vertreter des kapitalistischen Weges in Staat und Partei, vom Kampf um die Macht, von der Konsolidierung der Diktatur des Proletariats natürlich nichts wissen. Stattdessen ergingen sie sich in langschweifigen Betrachtungen darüber, daß die Große Proletarische Kulturrevolution "für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte unseres Landes eine gewaltige treibende Kraft" sei. Als Ziel der Kulturrevolution betrachteten sie vor allem, daß "die Arbeit auf allen Gebieten mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher geleistet wird" (gestützt auf einen mißverständlichen Satz im ZK-Beschluß). Den Roten Garden wollten die bürgerlichen Elemente befahlen, sie sollten "jetzt nicht in die Fabriken, Betriebe, sowie in die den Kreisen unterstellten Ämter und ländlichen Volkskommunen gehen, damit die Produktion normal vor sich geht". Die werktätigen Massen dürften nicht an der Kulturrevolution teilnehmen, denn "die Fabriken und ländlichen Betriebe können sich keine Schulferien leisten und auch die Produktion nicht um der Revolution willen einstellen". Daher seien für die Fabriken und landwirtschaftlichen Betriebe "die ursprünglichen Maßnahmen ausreichend" (d.h. die frühere sozialistische Erziehungsbewegung). Die bürgerlichen Elemente empfahlen den Massen pharisäerhaft, sie sollten lieber "das Kettenglied der Produktion ergreifen und den in der großen Kulturrevolution entstandenen Elan auf die Produktion anwenden."

Das war die völlig reaktionäre Meinung der Bourgeoisie, daß die werktätigen Massen nur zum Arbeiten taugen und nicht Subjekt der Revolution sein dürfen. Diese bürgerliche Linie war den grundsätzlichen Zielen der Großen Proletarischen Kulturrevolution genau entgegengesetzt, nämlich: diejenigen in der Partei zu entmachten, die den kapitalistischen Weg gehen und dabei die werktätigen Massen sich selbst befreien zu lassen.

Demgegenüber stellte die Nr. 15 der HONQI ("Rote Fahne") einige Wochen später fest: "Ein wichtiges Merkmal der gegenwärtigen Lage besteht darin, daß sich die revolutionären Arbeitermassen erhoben haben, um sich in die Bewegung der Großen Proletarischen Kulturrevolution einzuschalten und eine neue Etappe in der Verbindung der revolutionären Schüler und Studenten mit den Arbeitermassen begonnen hat." (PR, Nr. 51/20.12.1966).

Die Arbeiterklasse muß die Führung haben

Von der Mobilisierung der werktätigen Massen hing Sieg oder Niederlage der Kulturrevolution ab.

In dem damaligen Stadium, wo die bürgerlichen Elemente einige Niederlagen erlitten hatten, aber durchaus noch nicht entmachtet waren, wurde die Mobilisierung der werktätigen Massen unter Führung der Arbeiterklasse zur Schlüsselfrage der Revolution.

In dieser Situation war der gemeinsame Artikel der RENMIN RIBAO ("Volkszeitung") und der HONQI vom 1. Januar 1967 "Die Große Proletarische Kulturrevolution bis zu Ende führen" ein wichtiger theoretischer, programmatischer Beitrag zur Großen Proletarischen Kulturrevolution und wertvolle Unterstützung für die proletarischen Revolutionäre. In diesem Artikel (abgedruckt in PEKING RUND-SCHAU, Nr. 1/3. Januar 1967) wird gesagt: "Die Arbeiter und Bauern sind die Hauptkraft dieser Revolution. Daher ist es notwendig, die Arbeiter und Bauernmassen kühn zu mobilisieren." und weiter: "Die große proletarische Kulturrevolution muß sich aus den Büros, den Schulen, den Kreisen des Kulturlebens auf die Fabriken, die Berke und die ländlichen Gebiete ausdehnen... Wenn die Bewegung auf die Büros, die Schulen und die Kreise des Kulturlebens beschränkt wird, wird die große proletarische Kulturrevolution auf halbem Weg stehenbleiben. Jedes Argument, das gegen die Ausdehnung der großen proletarischen Kulturrevolution auf die Fabriken, die Bergwerke und die ländlichen Gebiete vorgebracht wird, ist falsch... Die Massenbewegung in den Fabriken, Bergwerken und ländlichen Gegenden im Zuge der großen proletarischen Kulturrevolution entspricht einer unaufhaltsamen historischen Tendenz. Jedes Argument, jede Person, die sich dieser Tendenz entgegenstellt, wird von den revolutionären Massen auf den Misthaufen der Geschichte geworfen werden."

Ende 1966 war schon klar, daß der Versuch der bürgerlichen Elemente mißlingen war, die proletarischen Revolutionäre einzuschüchtern und die Kulturrevolution aus den Betrieben herauszuhalten.

Im nun folgenden Stadium der Revolution best and die Taktik der bürgerlichen Elemente darin, mit Demagogie und scheinradikalen Manövern die Massen zu desorientieren und gegeneinander auszuspielen, das große Ansehen der Kommunistischen Partei und ihres Vorsitzenden Mao Tse-tung betrügerisch auszunutzen, eine Atmosphäre allgemeiner Feindseligkeit und Mißtrauens zu schaffen und Gewalttätigkeiten zu provozieren. Das war genau dieselbe Taktik, die auch von der bürgerlichen "Arbeitsgruppe" an der Peking Universität im Sommer zuvor angewendet worden war. Die bürgerlichen Elemente waren plötzlich sehr großzügig mit "Lohnerhöhungen", zum Teil sogar rückwirkend. Dafür plünderten sie rücksichtslos die ihnen anvertrauten Kassen. Hatten die bürgerlichen Elemente noch im Herbst 1966 keinen Hauch von Revolution in die Betriebe eindringen lassen wollen, "damit die Produktion normal vor sich geht", so legten sie im Winter 1966/67 ganze Betriebe still und schickten die Arbeiter auf Urlaub "zum Austausch revolutionärer Erfahrungen". Das war eine äußerst verzweifelte Taktik der bürgerlichen Elemente in einer Situation, wo sie bereits schwerwiegende Niederlagen erlitten hatten. Diese Taktik sollte nach dem Willen der bürgerlichen Elemente zu einem volkswirtschaftlichen Chaos und allgemeinen Bürgerkrieg, und damit zum Ende der Großen Proletarischen Kulturrevolution führen.

Die Arbeiterklasse stürzt die bürgerlichen Elemente

In dieser Situation wurde von Werktätigen und Studenten der Stadt Shanghai am 4. Januar der erste "Appell an alle Einwohner Shanghais", unterzeichnet von 11 revolutionären Organisationen, veröffentlicht.

Das war der Auftakt der Januar-Revolution in Schanghai, die ein großartiges Beispiel für das Eingreifen der werktätigen Massen in die Kulturrevolution gab. Die proletarischen Revolutionäre übernahmen zunächst die Tageszeitungen Schanghais in eigene Kontrolle und eroberten dann die politische Macht in der Stadt. Sie brachten die Produktion, die Energie-Versorgung, und den Eisenbahn- und Schiffsverkehr wieder in Gang. Sie überzeugten die getäuschten Kollegen, an die Arbeitsplätze zurückzukehren. Sie sperrten den bürgerlichen Elementen alle Geldquellen und machten sie für die Rückzahlung der von ihnen veruntreuten Staatsgelder verantwortlich. Am 12. Januar wurde auch in der Provinz Schansi die Macht der bürgerlichen Elemente gestürzt.

Die RENMIN RIBAO faßte am 22. Januar in einem Artikel "Proletarische Revolutionäre, schließt ein großes Bündnis und entwirft jenen, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, die Macht!" die Erfahrungen der Januar-Revolution zusammen:

"Dies ist ein neuer Sprung vorwärts in der großen proletarischen Kulturrevolution unseres Landes. Dies ist der Beginn eines allseitigen Klassenkampfes im ganzen Land, der dieses Jahr entfaltet werden wird... Um den Kampf für die Machtergreifung zu führen, müssen die revolutionären Rebellen des Proletariats eine große Allianz bilden; wenn dies nicht gelingt, bleibt die Entmachtung jener an der Macht, die den kapitalistischen Weg gehen, bloß leeres Geschwätz."

Bereits in Schanghai hatten zur Eroberung der politischen Macht über 30 revolutionäre Gruppen und Organisationen ein breites Bündnis geschlossen. In Schansi war die Macht von einer Zentralen Führung der revolutionären Rebellen übernommen worden.

Als geeignete Form des Bündnisses erwies sich die erstmals in der Provinz Heilungkiang (Nordchina) bewährte revolutionäre Dreierverbindung. Die Dreierverbindung ist eine gemeinsame Führung von Vertretern der proletarischen Revolutionäre aus den Massenorganisationen, revolutionären Partei- und Staatsfunktionären und Vertretern der Volksbefreiungsarmee. Auf der Grundlage der revolutionären Dreierverbindungen entstanden überall in China Revolutionskomitees. Dieses Stadium der Revolution war mit der Bildung von Revolutionskomitees in Tibet und Sinkiang im September 1968 abgeschlossen.

"Die derzeitige große Kulturrevolution ist nur die erste; es wird in der Zukunft unausbleiblich noch mehrere geben... Die Frage, wer in der Revolution siegt, wird nur in einem langen historischen Zeitraum entschieden werden können. Behandelt man diese Angelegenheit nicht in geeigneter Weise, ist es jederzeit möglich, daß der Kapitalismus restauriert wird. Die Parteimitglieder und das gesamte Volk in unserem Land dürfen nicht glauben, daß nach ein oder zwei großen Kulturrevolutionen, oder auch nach drei oder vier, alles in schönster Ordnung sein werde. Wir müssen uns aufs äußerste in acht nehmen, und unsere Wachsamkeit darf nie nachlassen." (Artikel der RENMIN RIBAO, "Ein Dokument von großer historischer Bedeutung", 18. Mai 1967).

DER KAMPF GEHT WEITER !

Indessen war damit "die Revolution... noch nicht beendet. Für das Proletariat ist es erforderlich, weiterhin vorwärtszuschreiten, die Aufgabe 'Kampf-Kritik-Umgestaltung' gewissenhaft zu erfüllen und die sozialistische Revolution im Bereich des Überbaus zu Ende zu führen." (Lin Biao, Bericht auf dem IX Parteitag der KP Chinas, April 1969). Unter Kampf-Kritik-Umgestaltung ist einer Weisung Mao Tse-tungs entsprechend folgendes zu verstehen: "Errichtung eines Revolutionskomitees der Dreierverbindung, Kritik und Verurteilung durch die Massen, Sichtung der Klassenreihen, Konsolidierung der Parteiorganisation, Vereinfachung der Verwaltungsstruktur, Abänderung unvernünftiger Regeln und Vorschriften und Freisetzung von Leuten, die im Büro arbeiten, für ihren Einsatz auf unterer Ebene." (zitiert im Bericht Lin-Biaos). Die staatlichen Machtorgane und alle anderen Organisationen müssen auch weiterhin "engste Verbindung mit den Massen unterhalten, vor allem mit der Hauptmasse der Arbeiterklasse, den armen Bauern und den unteren Mittelbauern. Alte wie neue Funktionäre müssen sich ständig den Staub des Bürokratismus abwischen und sich vor der bösen Gewohnheit hüten, sich wie kaiserliche Würdenträger zu verhalten... Sie müssen am System der Teilnahme der Kader an der kollektiven Produktionsarbeit festhalten. Sie müssen sich um das Alltagsleben der Volksmassen kümmern... Sie müssen ständig Kritik und Selbstkritik üben..." (Bericht Lin Biaos).

Die Große Proletarische Kulturrevolution in China liefert der internationalen Arbeiterbewegung wertvolle Erfahrungen, wie unter der Diktatur des Proletariats die Revolution fortzuführen ist. Das ist in Anbetracht der bürgerlichen Restauration in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Ländern eine sehr wichtige Erfahrung.

Indessen ist auch mit der Kulturrevolution die Revolution in der Volksrepublik China noch keineswegs abgeschlossen. Die chinesischen Genossen sagen zu Recht:

Nie den Klassenkampf vergessen !

Marx und Engels sagten voraus, daß zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere liegt; der Staat dieser Übergangsperiode könne nur die Diktatur des Proletariats sein.

Im Staat sahen Marx und Engels "eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere". (Einleitung zum "Bürgerkrieg in Frankreich") Wenn Marx und Engels vom Staat der Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus sprachen, so setzten sie demnach die Existenz von Klassen und Klassenkampf auch in der Übergangsperiode nach der proletarischen Revolution voraus.

Lenin hat die Lehre von Marx und Engels über Staat und Revolution übernommen und weiterentwickelt. Er stellte fest: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze historische Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration." (Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, Oktober/November 1918); und weiter sagte Lenin: "Die Aufhebung der Klassen ist das Werk eines langwierigen, schweren, hartnäckigen Klassenkampfes, der nach dem Sturz der Macht des Kapitals, nach der Zerstörung des bürgerlichen Staates, nach der Aufhebung der Diktatur des Proletariats nicht verschwindet (wie sich das Flachköpfe vom alten Sozialismus und von der alten Sozialdemokratie einbilden), sondern nur seine Formen ändert und in vieler Hinsicht noch erbitterter wird... Um die Klassen aufzuheben, ist eine Periode der Diktatur einer Klasse notwendig, nämlich derjenigen unterdrückten Klasse, die befähigt ist, nicht nur schonungslos deren Widerstand zu unterdrücken, sondern die auch instande ist, mit der ganzen bürgerlichen Ideologie zu brechen..." (Gruß an die ungarischen Arbeiter, Mai 1919).

Bezüglich der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sagt Lenin: "Während dieser ganzen Übergangszeit werden dieser Umwälzung sowohl die Kapitalisten Widerstand leisten sowie ihre zahlreichen Handlanger aus der bürgerlichen Intelligenz, die sich bewußt widersetzen, als auch die gewaltige Masse der in kleinbürgerlichen Gewohnheiten und Überlieferungen zu sehr verstrickten Werktätigen, einschließlich der Bauern, die sich häufig unbewußt widersetzen." (Gruß an die ungarischen Arbeiter).

Im II. Abschnitt des "Linken Radikalismus" stellte Lenin fest, daß sich der Widerstand der Kapitalistenklasse "durch ihren Sturz (sei es auch nur in einem Lande) verzehnfacht" und daß die Stärke der gestürzten bürgerlichen Kräfte auch in der "Macht der Gewohnheit" und in der "Stärke der Kleinproduktion" liegt. Und weiter: "Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewalttätiger und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft."

Lenins Äußerungen über die Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus lassen sich zusammenfassend so darstellen:

1. Die Diktatur des Proletariats ist nicht die Beendigung des Klassenkampfes, sondern seine Fortführung in neuen Formen. In vieler Hinsicht verschärft

sich der Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats sogar noch (dies ist also nicht erst eine These Stalins, wie von manchen Leuten in leicht durchschaubarer Absicht behauptet wird)

2. Das in der Revolution siegreiche Proletariat stößt nicht nur auf den direkten Widerstand der gestürzten Kapitalistenklasse, sondern auch auf die bürgerliche Intelligenz und die Kleinproduzenten. Neben dem militärischen Widerstand der Kapitalisten muß das Proletariat auch die bürgerliche Tradition, die "Macht der Gewohnheit", und das heißt die Stellungen der Kapitalistenklasse im gesamten Überbau niederkämpfen.

Stalin nahm richtig die Feststellung Lenins von der Verschärfung der Klassenkämpfe unter der Diktatur des Proletariats auf. Er vernachlässigte jedoch die Hinweise von Marx, Engels und Lenin, daß während der ganzen geschichtlichen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus Klassen und Klassenkampf fortbestehen, und daß - solange diese Übergangsperiode nicht abgeschlossen ist - die Möglichkeit einer bürgerlichen Restauration besteht.

So kam Stalin bereits Mitte der 30er Jahre zur falschen Ansicht, es gebe nun in der Sowjetunion "keine antagonistischen Klassen mehr" (Über den Entwurf zur Verfassung der UdSSR, 1936). Es seien nunmehr "die kapitalistischen Elemente restlos liquidiert", und übriggeblieben seien "nur unbedeutende Reste der liquidierten Ausbeuterklassen, deren völlige Liquidierung eine Frage der aller nächsten Zeit" sei. "Auf diese Weise verwischen sich die Klassenschiedungen unter den Werktätigen der Sowjetunion... Es ist die Grundlage der moralisch-politischen Einheit der Gesellschaft geschaffen worden." (Die letzten drei Zitate sind aus der Geschichte der KPdSU(B), deutsch, S. 414, 415 und 416).

Der dialektische Materialismus geht davon aus, daß die Entwicklung der Dinge hauptsächlich von ihren inneren Widersprüchen bestimmt wird, und erst in zweiter Linie auch von äußeren Ursachen. "Die gesellschaftlichen Veränderungen hängen in der Hauptsache von der Entwicklung der Widersprüche innerhalb der Gesellschaft ab, also der Widersprüche zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, zwischen den Klassen, zwischen dem Neuen und dem Alten; die Entwicklung dieser Widersprüche treibt die Gesellschaft vorwärts und gibt den Impuls für die Ablösung der alten Gesellschaft durch eine neue." (Mao Tse-tung, Über den Widerspruch)

Stalin indessen sah die Gefahr einer kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion während der 30er Jahre bereits nicht mehr in den inneren Widersprüchen der Sowjet-Gesellschaft, sondern fast ausschließlich in den äußeren Ursachen: 1. die kapitalistische Umkreislung der Sowjetunion und die Gefahr ausländischer Aggressionen, und 2. "daß es, solange es eine kapitalistische Umkreislung gibt, auch Schädlinge, Diversanten, Spione, Terroristen geben wird, die von den Spionsorganen ausländischer Staaten ins Hinterland der Sowjetunion geschickt werden." (Stalin, Über die Mängel der Parteimaßnahmen und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzüngler, März 1937).

Im Kampf gegen die bürgerlichen Elemente stützte sich Stalin viel zu wenig auf die Arbeiterklasse, und viel zu viel auf die Bürokratie. Das führte z.B. dazu, daß die Führung des NKWD (Abteilung für Öffentliche Sicherheit) lange Zeit in Händen von Leuten wie J. A. G. d. a.

lag, der später als Konterrevolutionär entlarvt und verurteilt wurde.

Stalin verstand nicht, daß eine Restauration des Kapitalismus langfristig nur verhindert werden kann, durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen, durch ständige Kritik und Überwachung der feindlichen Organe und Funktionäre durch die Arbeiterklasse und die übrigen Volksmassen.

Auf Grund dieser falschen Politik entstand in der Militär-führung, in der Wirtschaftsbürokratie und anderen gesellschaftlichen Bereichen die soziale Basis für eine bürgerliche Restauration. Nach Stalins Tod wurde diese Restauration von der Chruschtschow-Gruppe offen eingeleitet.

Die Chruschtschow-Gruppe erklärte demagogisch die Ablösung der Diktatur des Proletariats durch einen "Staat des ganzen Volkes". Schon Engels hatte aber den "Volksstaat" als in sich unsinnig entlarvt. Da der Staat eine "Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere" ist, so wäre er im selben Moment überflüssig, wo er zum "Staat des ganzen Volkes" werden könnte, wo also die antagonistischen Klassengegensätze verschwunden wären.

Die Chruschtschow-Gruppe erklärte auch, daß die Kommunistische Partei nunmehr eine "Partei des ganzen Volkes" sei.

Mit Hilfe dieser zusammengeschusterten "neuen Theorien" wollte die Chruschtschow-Gruppe die Beseitigung des proletarischen Charakters der KPdSU und die Ersetzung der Diktatur des Proletariats durch die Diktatur bürgerlicher Elemente "begründen".

Die "linken" Metaphysiker verstehen nicht, daß eine solche gesellschaftliche Umwälzung wie in der Sowjetunion, wo faktisch die Diktatur des Proletariats beseitigt wurde, eine klassenmäßige Basis haben muß. Diese Leute glauben, daß "Chruschtschow einen Staatsstreich gemacht" hat, aber sie verstehen nicht, daß ihn dabei gesellschaftliche Kräfte unterstützt haben müssen, die schon zu Zeiten Stalins bestanden haben bzw. entstanden sind. Die "linken" Metaphysiker meinen, daß es zu Zeiten Stalins überhaupt keine Fehler gab, und daß anscheinend die Chruschtschow-Gruppe und ihre gesellschaftliche Basis urplötzlich nach dem Tode Stalins entstanden seien.

Ebenso sind die "linken" Metaphysiker unfähig, die Entwicklung des Revisionismus in den kommunistischen Parteien zu begreifen, z.B. in der KPd. Sie schieben alles auf die äußeren Ursachen (XX. Parteitag der KPdSU) und verstehen nicht, daß der Revisionismus vor allem das Produkt der Entwicklung der inneren Widersprüche in den kommunistischen Parteien ist.

Die "linken" Metaphysiker haben auch kein richtiges Verständnis für die materielle Basis des Revisionismus und sehen daher fast nur "Verrat" einzelner Personen.

Auf Grund ihrer politischen Kurzsichtigkeit sind die "linken" Metaphysiker auch unfähig, den Revisionismus anders zu bekämpfen als mit offen antikommunistischer Demagogie.

DIE KULTURREVOLUTION VERHINDERT EINE BÜRGERLICHE RESTAURATION

Die bürgerliche Restauration in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Ländern beweist die Richtigkeit der Lehre von Marx, Engels und Lenin: Die Diktatur des Proletariats ist während der gesamten Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus nötig; solange diese Übergangsperiode nicht abgeschlossen ist, besteht die Gefahr einer bürgerlichen Restauration.

Ausgehend von den Lehren von Marx, Engels und Le-

nin und den Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion stellte Mao Tse-tung 1957 in seiner Schrift "Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke" fest: "Der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, der Klassenkampf zwischen den verschiedenen politischen Kräften und der Klassenkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie auf ideologischem Gebiet wird noch lange andauern und verwickelt sein und zuweilen sogar sehr scharf werden."

Im Juli 1964 gab Mao Tse-tung einen noch klareren und präziseren Eindruck von der Langwierigkeit und Kompliziertheit des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats. Er sagte: "Es wird noch eine sehr lange Zeit brauchen, ehe auf politischem und ideologischem Gebiet der Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus entschieden ist. Einige Jahrzehnte genügen nicht, bis zum Sieg wird es ein oder einige Jahrhunderte dauern." Hinsichtlich der Zeitdauer ist es besser, sich auf einen längeren Zeitraum als auf einen kürzeren vorzubereiten. Hinsichtlich der noch zu leistenden Arbeit ist es besser, sie als schwieriger statt als leicht anzusehen. Es wird noch günstiger und weniger nachteilig sein, wenn man auf diese Weise überlegt und handelt." (zitiert aus: PEKING RUNDschau, Nr. 27/1967, S. 15)

Während der Kulturrevolution erklärte Mao Tse-tung im Oktober 1968, daß der endgültige Sieg der Revolution in einem Land auch von der siegreichen Entwicklung der Weltrevolution abhängt. Er sagte: "Wir haben bereits große Siege errungen, aber die geschlagene Klasse wird immer noch verzweifelt kämpfen. Diese Leute leben noch, diese Klasse existiert noch. Daher können wir nicht von einem endgültigen Sieg reden. Auch in einigen Jahrzehnten kann davon nicht die Rede sein." Wir dürfen unsere Wachsamkeit nicht verlieren." Vom leninistischen Standpunkt aus betrachtet, erfordert der endgültige Sieg in einem sozialistischen Staat nicht nur die Anstrengungen des Proletariats und der breiten Volksmassen des betreffenden Landes, sondern er hängt überdies davon ab, daß die Weltrevolution den Sieg erringt und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball beseitigt wird, was zur Befreiung der gesamten Menschheit führt. Darum ist es falsch, läuft es dem Leninismus zuwider und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn man leichtfertig vom endgültigen Sieg der Revolution in unserem Land redet." (zitiert im Bericht Lin Biaos auf dem IX. Parteitag der KP Chinas, April 69).

Die chinesischen Genossen erklären daher, daß es in der Zukunft auch in der Volksrepublik China noch weitere Kulturrevolutionen geben wird, über einen langen Zeitraum hin.

Die Erfahrung lehrt, daß auch nach der weitgehenden Vergesellschaftung der Produktivkräfte die Bourgeoisie im Bereich des Überbaus, auf ideologischem Gebiet, wichtige Stellungen besetzt hält und Einfluß ausübt. Daher gehen gerade vom Überbau immer wieder Versuche der bürgerlichen Restauration aus, wie auch die unverhältnismäßig große und sehr verhängnisvolle Rolle von Schriftstellern und anderen Kultur-Schaffenden zur Unterstützung der Chruschtschow-Gruppe 1956, der reaktionäre "Petöfi-Club" in Ungarn 1956, in der CSSR 1968 beweisen. Die Vergesellschaftung der Produktivkräfte kann demnach keineswegs mit der endgültigen Niederlage der Kapitalistenklasse gleichgesetzt werden.

Die chinesische Kulturrevolution begann deshalb mit dem Angriff auf die bürgerlichen Elemente im Überbau, zunächst in der Bühnenkunst. In ihrer weiteren Entwicklung indessen mußte die Kulturrevolution notwendigerweise diesen engen Rahmen sprengen und wurde zur politischen Revolution. Daher kam Lin Biao im September 1966 auf einer Massenkundgebung von Roten Garden zur Feststellung, "daß der fundamentale, in der großen proletarischen Kulturrevolution zu lösende Widerspruch der zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der Widerspruch zwischen sozialistischem und kapitalistischem Weg sei."

Die Große Proletarische Demokratie

Die Diktatur des Proletariats ist zugleich die umfassendste Demokratie der bisherigen Geschichte. Die gewaltsame Unterdrückung und Niederhaltung der Minderheit gestürzter Ausbeuter ist gerade die entscheidende Voraussetzung für die Demokratie der großen Mehrheit des Volkes. Die bürgerliche Demokratie bedeutet einen ungeheuren Fortschritt gegenüber der Herrschaft des feudalen Adels oder auch gegenüber dem Faschismus, der brutalsten Form der Kapitalistenherrschaft. Daher hat der demokratische Kampf der Arbeiterklasse überhaupt nichts zu tun mit "Revisionismus" oder auch "Neo-Revisionismus", wie einige kleinbürgerliche Schreihälse meinen. Lenin hat gelehrt: Wer auf einem anderen Weg als dem des politischen Demokratismus zum Sozialismus kommen will, der gelangt unvermeidlich zu Schlussfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. ... Organisiert erst einmal Hunderttausende Arbeiter in ganz Rußland, weckt unter den Millionen die Sympathie für euer Programm! Versucht das zu tun, beschränkt euch nicht auf tönende, aber hohle anarchistische Phrasen - und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Aufklärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist." und ferner: "Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein." (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution)

Indessen ist es nicht so, daß der demokratische Kampf zu einer "friedlichen" und "legalen" "Zurückdrängung" der Macht der Kapitalistenklasse führt, und damit die Revolution überflüssig macht. Wo der demokratische Kampf tatsächlich die Macht der Kapitalistenklasse in Frage stellt, wird er auch auf deren erbitterten Widerstand stoßen und ein bewaffneter Kampf um die Macht ist dann unvermeidlich. Außerdem ist es auch "für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung gerade nicht auf dem Wege von Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschleppung, der Amtsschimmel, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus." (Lenin, Zwei Taktiken)

In der bürgerlichen Demokratie gibt es für die Arbeiterklasse und das werktätige Volk immer nur sehr beschränkte politische Rechte. Von der Pressefreiheit z.B. kann die Arbeiterklasse kaum Gebrauch machen, denn im wesentlichen handelt es sich - wie ein ehrlicher bürgerlicher Kritiker einmal feststellte - "um die Freiheit von ein paar reichen Leuten, ihre Meinung veröffentlichen zu lassen". Am Arbeitsplatz gilt nicht einmal die bürgerliche Demokratie, sondern die offene Willkür des Kapitalisten. In Westdeutschland ist die kommunistische Partei der Arbeiterklasse verboten; die gegenwärtig existierenden "kommunistischen Parteien" in unserem Land werden nur deshalb geduldet, weil sie aus diesem oder jenem Grund den Kapitalisten nicht gefährlich oder gar nützlich erscheinen. Eine undemokratische "Fünf-Prozent-Hürde" verhindert vorläufig die Bildung einer Arbeiter-Fraktion im Bundestag. Die bürgerlichen Parteien erhalten Millionen aus Steuer-Mitteln für ihre "Wahlkämpfe". "Notstandsgesetze" erlauben den Kapitalisten eine weitere Beschränkung unserer politischen Rechte. usw. usw.

DIE DIKTATUR DES PROLETARIATS

Erst die Diktatur des Proletariats erlaubt der Arbeiterklasse, die Fabriken unter Kontrolle zu nehmen, sich der Presse und des Rundfunks zu bemächtigen, die politische Macht im Staat auszuüben. Daher steht die Diktatur des Proletariats nicht etwa im Gegensatz zur Demokratie, sondern ist vielmehr die Voraussetzung für eine umfassende und konsequente Demokratie.

Wie Lenin sagte, ist die "Diktatur des Proletariats nicht nur völlig gerechtfertigt als Mittel zum Sturz der Ausbeuter und zur Unterdrückung ihres Widerstandes, sondern auch durchaus notwendig für die ganze Masse der Arbeitenden als einziger Schutz gegen die Diktatur der Bourgeoisie, die zum Krieg geführt hat und neue Kriege vorbereitet." (Thesen über die bürgerliche Demokratie, März 1919)

Die Diktatur des Proletariats ist immer noch ein Staat, aber ein ganz anderer als derjenige, dessen sich die Kapitalisten bedienen. Lenin sagt deswegen, daß die Diktatur des Proletariats "bereits ein Übergangszustand, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr" ist. (Staat und Revolution, V. Kapitel). Die Diktatur des Proletariats ist bereits ein solcher Staat, der sein eigenes Absterben vorbereitet, der darauf gerichtet ist, sich selbst überflüssig zu machen. Lenin sagte, daß die Diktatur des Proletariats "nicht nur eine Veränderung der Formen und Institutionen der Demokratie unvermeidlich mit sich bringen muß, sondern eine solche Veränderung derselben, die eine von der Welt noch nie gesehene Ausdehnung der tatsächlichen Ausnutzung des Demokratismus durch die vom Kapitalismus geknechteten, durch die arbeitenden Klassen ergibt." (Thesen über die bürgerliche Demokratie). Die bürgerliche Demokratie ist "so organisiert, daß gerade die arbeitenden Massen dem Verwaltungsapparat am meisten entfremdet wurden. Die Sowjetmacht, d.h. die Diktatur des Proletariats, ist dagegen so organisiert, daß sie die arbeitenden Massen dem Verwaltungsapparat nähert." Die Diktatur des Proletariats beginnt sofort das völlige Absterben jeglichen Staates vorzubereiten, indem sie die Massenorganisationen des werktätigen Volkes zur dauernden und unbedingten Anteilnahme an der Staatsverwaltung heranzieht." (Lenin, Thesen über die bürgerliche Demokratie)

Diese Lehren Lenins werden von den Revisionisten natürlich "vergessen". Seit Chruschtschow Mitte der 50er Jahre leichtfertig den "Aufbau des Kommunismus" in der Sowjetunion für die allerärmste Zeit ankündigte, sind derartige Sprüche nicht mehr verstummt. Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Wochen prahlten die revisionistischen Führer, sie würden "mit immer größerem Erfolg auf dem Weg des Kommunismus voranschreiten."

Vom Absterben des Staates allerdings hüten sich die Revisionisten zu sprechen. Und sind etwa die Klassen dabei, zu verschwinden? Tatsächlich vergrößern sich die Lohnunterschiede und Klassenschranken in den revisionistischen Ländern. Die Entscheidungsrechte der Betriebsmanager und überbetrieblichen Wirtschaftsführungen nehmen zu.

Die Revisionisten haben aus Lenin eine schöne Mumie gemacht, der sie bei passenden Anlässen etwas Weihrauch opfern - um dessen Theorie und Praxis sie sich aber einen Dreck kümmern.

In China dagegen geht das größte Volk der Erde unter Führung seiner kommunistischen Partei auf dem von Marx, Engels und Lenin gewiesenen Weg.

Bereits Lenin hat in der Theorie für die Sowjetunion die Notwendigkeit einer Kulturrevolution nachgewiesen (u.a. Über das Genossenschaftswesen, 1923).

Die chinesischen Genossen haben in der Praxis gezeigt, wie eine solche Kulturrevolution unter der Diktatur des Proletariats durchzuführen ist. Das ist eine wertvolle Erfahrung für die internationale Arbeiterbewegung. Ohne solche Kulturrevolutionen ist es nicht möglich, die Diktatur des Proletariats zu verteidigen und zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft überzugehen. In solchen Kulturrevolutionen werden alle Teile des Überbaus umgewandelt, die noch nicht der sozialistischen Basis entsprechen, die unbeherrschbaren Vertreter des kapitalistischen Weges werden entmachtet und aus den Reihen der kommunistischen Partei vertrieben, die Reste der bürgerlichen Ideologie werden ausgerottet.

Die Kulturrevolution ist verknüpft mit der Schaffung einer breiten Demokratie. Lin Biao sagte am 3. November 1966 auf einer Massenkundgebung Roter Garden in Peking: "Die internationale historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats hat gezeigt, daß die Diktatur des Proletariats ohne eine... gründliche große proletarische Kulturrevolution und breite Demokratie geschwächt wird und sich wesentlich ändert, während der Kapitalismus auf verschiedene Weise seine Restauration herbeiführen und die Ausbeuterklassen sich dem Volk wieder auf den Nacken setzen wollen." Diese Feststellung wird von der Entwicklung in der Sowjetunion und einigen anderen sozialistischen Staaten bestätigt.

Lin Biao sagte auch sehr klar: "Ohne eine... breite Demokratie wäre es unmöglich, eine echte große proletarische Kulturrevolution einzuleiten, die Wurzeln des Revisionismus auszurotten, die Diktatur des Proletariats zu festigen und den Fortschritt unseres Landes auf dem Weg zum Sozialismus und Kommunismus zu sichern." Lin Biao kennzeichnete, was die chinesischen Genossen unter breiter Demokratie verstehen:

die führenden Organe und führenden Funktionäre der Partei und des Staates auf allen Ebenen können und müssen ständig von den Volksmassen durch freie Meinungsäußerung, Wandzeitungen, allgemeine Diskussion und den Austausch revolutionärer Erfahrungen kritisiert und kontrolliert werden. Das Volk hat alle demokratischen Rechte entsprechend den Grundsätzen der Pariser Kommune.

(Rede Lin Biaos laut PEKING RUNDSCHAU, Nr. 46/ 15. November 1966)

Diese Rechte sind dem chinesischen Volk bereits in der Verfassung garantiert. Wo aber Revisionisten und andere bürgerliche Elemente in Staat und Partei die Macht an sich gerissen hatten, waren diese Rechte vor der Kulturrevolution durchaus nicht mehr selbstverständlich. Wo die bürgerlichen Elemente an der Macht waren, mußten sich die Massen diese Rechte erst wieder erkämpfen.

Die chinesischen Genossen heben besonders das enge dialektische Wechselverhältnis zwischen Diktatur des Proletariats und der großen proletarischen Demokratie hervor: "Die Diktatur des Proletariats ist die Garantie für die Durchführung der großen proletarischen Demokratie.

Diese ihrerseits ist auf die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats gerichtet. Ohne große proletarische Demokratie besteht die Gefahr, daß die Diktatur des Proletariats zu einer der Bourgeoisie wird. Ohne Diktatur des Proletariats andererseits kann es keine proletarische Demokratie geben. Es kann nicht einmal eine kleine, geschweige denn eine große Demokratie geben." (Die große proletarische Kulturrevolution bis zu Ende führen; RENMIN RIBAO und HONGQI, 1. Januar 1967, PR Nr. 1/67)

Wenn die Funktionäre des Staates und der Partei auf allen Ebenen nicht ständig von der Arbeiterklasse und den übrigen Volksmassen kontrolliert und kritisiert werden, so wird sich früher oder später eine Entfremdung zwischen der kommunistischen Partei und Staat auf der einen Seite und den breiten Volksmassen auf der anderen Seite ergeben. Dann werden aus dem Staatsapparat und Partei-Apparat heraus neue bürgerliche Elemente entstehen, und eine bürgerliche Restauration ist möglich. Lenin bringt diesen Gedanken zum Ausdruck, wenn er sagt, die Diktatur des Proletariats müsse so organisiert sein, "daß sie die arbeitenden Massen dem Verwaltungsapparat nähert", daß sie "sofort das völlige Absterben jeglichen Staates vorzubereiten" beginnt, daß das Proletariat "wirklich mit dem Heer... verschmelzen" muß usw. (Thesen über die bürgerliche Demokratie)

EIN STAAT NACH DEN PRINZIPIEN DER PARISER KOMMUNE

Die geeignete Form der Diktatur des Proletariats ist die Sowjetmacht, sind die Räte. Deshalb sind die chinesischen Genossen der Meinung: "... den Massen muß die Wahl von Kulturrevolutionsgruppen, -komitees oder -kongressen ermöglicht werden, die sie vertreten können. Die Vertreter solcher Organisationen dürfen nicht von Vorgesetzten ernannt, und es darf keinerlei Schiebung hinter den Kulissen geduldet werden." (Diese Weisung wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände vor der Kulturrevolution im Machtbereich bürgerlicher Elemente.) "Entsprechend den Prinzipien der Pariser Kommune muß ein allgemeines Wahlsystem eingeführt werden. Die Massen müssen frei beraten und wählen, diskutieren können, und die Wahl muß ernsthaft durchgeführt werden. Die Vertreter können von den Massen jederzeit durch Wahl ersetzt oder abgesetzt werden... In der großen proletarischen Kulturrevolution haben die Arbeitermassen das Recht, jede Art von revolutionärer Organisation zu gründen. Alle Arbeiterorganisationen sollen die Merkmale der Arbeiterklasse, nämlich Fleiß und Sparsamkeit aufweisen und nicht einen bürokratischen Apparat errichten oder eine große Menge Einrichtungsgegenstände anschaffen, womit sie sich von den Massen entfernen werden. Im Allgemeinen sollen die Mitarbeiter dieser Arbeiterorganisationen in der Produktion bleiben." (Der Aufschwung der großen proletarischen Kulturrevolution wird in Industrie- und Bergbau-Betrieben begrüßt; RENMIN RIBAO am 26. Dezember 1966, in: PEKING RUNDSCHAU, Nr. 1/ 3. Januar 1967).

In den Revolutionskomitees (deren Bildung im Herbst 1966 abgeschlossen wurde) hat sich die chinesische Arbeiterklasse eine neue Form von Machtorganen auf allen Ebenen geschaffen.

Aber die Kulturrevolution hat auf allen Gebieten das Verhältnis zwischen Arbeiterklasse und übrigen Volk einerseits und der kommunistischen Partei andererseits grundlegend verändert. Die 1512 Delegierten zum IX. Parteitag der KP Chinas (April 1969) wurden erstmals unter weitgehender Mitwirkung und Berücksichtigung der Meinung der parteilosen Massen gewählt. Die Roten Garden waren mit eigenen Delegierten vertreten. Noch nie waren auf einem Parteitag der KP Chinas so viele Delegierte der Parteimitglieder aus den Reihen der Industriearbeiter, der Genossenschaftsbauern und der weiblichen Delegierten vertreten gewesen.

DIE ARBEITER BRAUCHEN IHRE PARTEI

Für die politisch-theoretische und organisatorische Einheit der kommunistischen Bewegung!

"Gegenwärtig ist die Lage in der Weltrevolution ausgezeichnet wie nie zuvor. Die objektive Lage erfordert dringend die starke Führung durch echt marxistisch-leninistische Parteien und den Aufbau proletarischer revolutionärer Parteien, die sich radikal von der revisionistischen Linie lossagen, ideologisch, politisch und organisatorisch gefestigt sind und Massencharakter tragen. Um die Aufgabe der Führung der Revolution übernehmen zu können, ist es das Wesentliche für eine proletarische Partei, ihr Denken durch den Marxismus-Leninismus leiten zu lassen, die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Lande zu verbinden und eine korrekte Linie, die den Verhältnissen im betreffenden Lande entspricht, festzulegen und durchzusetzen."

(Es lebe der Sieg der Diktatur des Proletariats!, RENMIN RIBAO u.a. zum 100. Jahrestag der Pariser Kommune; in PEKING RUNDSCHAU, Nr. 12/ 23. März 1971)

Die Lage in der Weltrevolution ist ausgezeichnet.

Die sozialistischen Länder mit der Volksrepublik China an der Spitze entwickeln mit Erfolg ihre sozialistischen Produktionsverhältnisse. Durch die proletarische Kulturrevolution wurde die Diktatur des Proletariats in der Volksrepublik China gefestigt und einer bürgerlichen Restauration vorgebeugt. Die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker und der Arbeiter aller Länder engen den Handlungsspielraum der Imperialisten immer weiter ein. Die Kapitalisten aller Länder stehen vor dem Problem schrumpfender Märkte und Absatzgebiete. Eine umfassende Krise kündigt sich an.

Der westdeutsche Kapitalismus hat den Höhepunkt seines fünften Nachkriegszyklus schon im vorigen Jahr überschritten und bewegt sich erneut auf eine Rezession zu. Das zeigt sich im Sinken der industriellen Auftragseingänge und einer raschen Verlangsamung des Produktionszuwachses. Unmittelbare Folge: Kurzarbeit und Entlassungen in verschiedenen Industrie-Zweigen schon während des Winters 1970/71.

Diese Entwicklung bedeutet eine Verschärfung der Klassenkämpfe in den kommenden Monaten. Darin liegen für die westdeutsche Arbeiterklasse große Möglichkeiten, aber auch gewisse Gefahren. Die Arbeiterklasse kann aus den kommenden Kämpfen gestärkt hervorgehen und ihre Ausgangsstellung im Kampf um die Macht im Staat entscheidend verbessern. Das wird aber nicht automatisch so sein! Am Ende der großen Krise 1929-32 stand nicht der Sieg der Arbeiterklasse, sondern die Errichtung der faschistischen Diktatur der Kapitalistenklasse.

Und damals besaß die deutsche Arbeiterklasse noch eine kampfstärke kommunistische Partei, die von Millionen Menschen im ganzen Land unterstützt wurde.

Die Lage in der Weltrevolution ist ausgezeichnet. Und auch in unserem Land eröffnen die Klassenkämpfe der vergangenen Jahre und der kommenden Zeit gute Perspektiven. Aber wenn die Kommunisten es nicht verstehen, ihre Pflicht zu tun, dann kann aus einer an sich ausgezeichneten Lage erneut eine katastrophale Niederlage der Arbeiterbewegung entstehen.

Die Lage erfordert eine kommunistische Partei.

Die Arbeiterbewegung unseres Landes ist heute insgesamt weit schwächer als sie 1933 war. Die jetzt bestehenden kommunistischen Organisationen sind... was ihre Stärke, ihre Politik, ihren Masseneinfluß angeht... mit der KPD 1933 überhaupt nicht vergleichbar. Das braucht uns nicht zu entmutigen; es macht vielmehr die Größe und Bedeutung der vor uns liegenden Aufgaben deutlich, es zeigt die Verantwortung, die von den westdeutschen Kommunisten zu tragen ist.

Die Arbeiterklasse braucht ihre kommunistische Partei zur Durchsetzung ihrer Tagesforderungen ebenso wie im Kampf um die Überwindung des Kapitalismus und Aufbau der kommunistischen Gesellschaftsordnung.

Zur Zeit bieten sich den Arbeitern gleich mehrere angeblich "kommunistische" Parteien zur Auswahl an, die einander mit allen Mitteln der bürgerlichen Reklame und Demagogie aus dem Feld zu schlagen versuchen. Die einen meinen, daß unbedingt die Verträge von Moskau und Warschau "im Mittelpunkt stehen müßten", die

anderen predigen zusammenhangsloses Zeug von "Revolution". Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie nicht bereit sind, die Bedürfnisse und Forderungen des Volkes zur Grundlage ihrer Politik zu machen.

Wie Lenin sagt, zwingt der Sieg des Marxismus seine Gegner, sich als "Marxisten" zu verkleiden. Heute berufen sich viele Gruppen auf den Marxismus-Leninismus, und das zeigt die wachsende Stärke der Kräfte des Sozialismus und der Revolution. Aber manche dieser Gruppen machen in Wahrheit am Marxismus-Leninismus zahlreiche entstellende "Abstriche" oder "verbessern" ihn auf recht eigenwillige Art und Weise.

Wir müssen uns vom Marxismus-Leninismus leiten lassen.

Eine wirkliche, kampfstärke und handlungsfähige Kommunistische Partei kann nur auf der politisch-theoretischen Grundlage des Marxismus-Leninismus entstehen, sich entwickeln und in die Klassenkämpfe eingreifen, während alle "Verbesserer" des Marxismus-Leninismus zum Scheitern verurteilt sind. Die chinesischen Genossen betonen, es sei das "Wesentliche für eine proletarische Partei, ihr Denken durch den Marxismus-Leninismus leiten zu lassen". In der Tat ist eine "Kommunistische Partei" zu gründen, das ist eine der leichtesten Sachen von der Welt. Aber woran ist zu unterscheiden, ob es sich um die revolutionäre Kommunistische Partei der Arbeiterklasse handelt, oder nur um einen Haufen von Wichtigkeits- und Großmäuern? Eben daran, daß sich eine solche Kommunistische Partei vom Marxismus-Leninismus leiten läßt und die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution im eigenen Land zu verbinden versteht.

Einige Leute indessen meinen, daß sie auch ohne politisches Programm und ohne konkrete Strategie und Taktik eine "Kommunistische Partei" gründen könnten, und daß diese dann sogar blindlings von den Volksmassen als "Avantgarde" akzeptiert werden müßte. Aber wer die Volksmassen führen will, der sollte sich erst mal überlegen, wohin, denn sonst wird er bestenfalls Gelächter ernten. Solange kein politisches Programm und keine revolutionäre Strategie und Taktik vorliegt, von deren Brauchbarkeit sich die Massen überzeugen können, ist alles Gerede von "Avantgarde" und "Führung" nur hohles Geschwätz und außerordentlich schädlich.

Lenin hat uns gelehrt: "Als ein mehr oder weniger integrierter politischer Organismus, imstande, bei allen Wendungen der Ereignisse stets auf ihrer Richtung zu beharren, ist die Partei ohne ein Programm undenkbar. Ohne taktische Linie, die auf der Einschätzung der gegenwärtigen politischen Lage beruht und genaue Antworten auf die strittigen Fragen der Gegenwart gibt, kann es zwar einen kleinen Zirkel von Theoretikern, aber keine handlungsfähige politische Organisation geben." (Über die Wahlkampagne und die Wahlplattform, 1911) und weiter "Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt, aus der sie alle ihre Überzeugungen schöpfen und die sie auf die Methoden ihres Kampfes und ihrer Tätigkeit anwenden." (Unser Programm, 1899)

Die gegenwärtigen Eifersüchteleien zwischen den selbsternannten "Kommunistischen Parteien" entbehren weitgehend einer politisch-theoretischen Grundlage. Daher werden mit Vorliebe solche "Argumente" ins Feld geführt wie z. B. "Alle anderen sind Spalter", "Wir sind die Größten", "Wir waren die ersten", "Wir haben ein Anerkennungsschreiben aus Tirana". Das ist üblicher kleinbürgerlicher Krämergeist. Solche Menschen haben nur für ihren eigenen begrenzten

Zirkel Interesse, wollen um jeden Preis als "Avantgarde" anerkannt sein, und machen eine verächtliche Jagd auf "Anerkennungsschreiben" ausländischer Genossen.

"Es kann keine starke sozialistische Partei geben, wenn es keine revolutionäre Theorie gibt, die alle Sozialisten vereinigt." Diese Lehre Lenins wird auch von den Erfahrungen in unserem Land mehr und mehr bekräftigt. Daher kommt der Schaffung einer revolutionären Theorie eine zentrale Bedeutung zu. Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben.

Auch die notwendige Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung kann nicht von den arroganten Ansprüchen einiger selbsternannter "Führer" ausgehen, sondern nur auf der Grundlage einer revolutionären Theorie entstehen. Auf dieser Basis werden dann auch die wirklichen Spalter erkennbar werden, nämlich diejenigen, die nicht bereit sind, sich mit der kommunistischen Bewegung unseres Landes um die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus zusammenzuschließen.

Welchen Charakter haben die Widersprüche zwischen den verschiedenen Gruppen und Organisationen? Sind das einfach nur "Widersprüche im Volk" wie bisweilen behauptet wird? Ganz so einfach ist es sicher nicht! Was die große Mehrheit der Mitglieder dieser Organisationen angeht, so handelt es sich allerdings wirklich um Widersprüche im Volk; diese Widersprüche können also durch den Zusammenschluß auf marxistisch-leninistischer Grundlage gelöst werden. Es wäre aber falsch, den Ausdruck "Widersprüche im Volk" auf den Bereich politisch-theoretischer Differenzen zu übertragen. Dort handelt es sich durchaus nicht immer um Widersprüche im Volk, sondern oft um Widersprüche zwischen Richtigem und Falschem, zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie - also um Widerspiegelungen des Klassenkampfes in der Gesellschaft. Diese Widersprüche werden nicht durch ein "Zusammenwachsen" gelöst, sondern durch den aktiven politisch-theoretischen Kampf und letzten Endes durch die Auflösung der bürgerlichen Linie und Vertreibung ihrer unbeherrschbaren Vertreter aus den Reihen der Arbeiterbewegung. Die Kategorie der "Widersprüche im Volk" auf den Bereich politisch-theoretischer Differenzen zu übertragen, würde in der Praxis zu Mausekel und Versöhnertum führen.

An die Frage der

Einheit

ehrlich herangehen!

Jede Einschätzung der Möglichkeiten für eine Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung muß davon ausgehen, daß die Kommunisten zur Zeit in mehrere Zirkel, Gruppen und Organisationen aufgesplittet sind. Es gibt weder eine revolutionäre Theorie, die alle Kommunisten vereinigt, noch gibt es eine Kommunistische Partei der Arbeiterklasse. Jede Einschätzung muß daher von der grundsätzlichen Gleichberechtigung der verschiedenen Gruppen ausgehen.

Einige Leute jedoch haben sich auf eine "doppelte Buchführung" verlegt. Am einen Tag beweihräuchern sie sich als "Deutschlands revolutionäre Avantgarde" und beschimpfen zähnefletschend alle Kommunisten als "Spalter". Am anderen Tag aber versichern sie freundlich lächelnd, sie seien "natürlich für die Einheit" und seien natürlich auch "noch gar nicht die Avantgarde im eigentlichen Sinn". Diese Leute sind waschechte "konterrevolutionäre Doppelzüngler", wie

Stalin sie nannte.

Das Gerede von "Avantgarde" steht im Widerspruch zum Fehlen eines politischen Programms und einer konkreten revolutionären Strategie und Taktik. Hermann Remmele sagt dazu in seinem Artikel "Schritt halten" (in "Die Internationale", theoretische Zeitschrift der KPD, 1930 - beim KAB Hamburg als Nachdruck erhältlich): "Ein weiterer charakteristischer Wesenszug der kleinbürgerlichen 'Linkheit' ist das rühmliche Maulaufreißertum, das Kraftmeiertum bei den geringsten Fortschritten und Erfolgen... Ist unsere Sprache stärker, als unsere Kraft ausreicht, um das Verkündete in die Tat umzusetzen, dann muß sich dieser Widerspruch gegen uns auswirken. Man muß Eier legen, ohne zu gackern. Wirklich bolschewistisch ist es, vieles und oft das Wichtigste zu tun, ohne ein Wort darüber zu reden."

Manche Leute dagegen gackern jetzt ständig "Avantgarde! Avantgarde!", ohne überhaupt schon ein "Ei" gelegt zu haben. Dieses Verhalten ist bestens dazu geeignet, die Kommunisten bei der Arbeiterklasse als aufgeblasene Schwätzer in Verruf zu bringen! Das "Gackern ohne Eier zu legen", war schon 1930 gefährlich, als die Kommunistische Partei sehr stark und fest in den Millionen-Massen verwurzelt war. Um wieviel gefährlicher ist es heute, wo die kommunistische Bewegung noch so schwach ist und für die Arbeiterklasse überhaupt noch nichts geleistet hat! Ist es nicht klar, daß allein die Kapitalisten aus der elenden Gackerei Vorteil ziehen?

Und kann man ernsthaft glauben, es könnte die Einheit der kommunistischen Bewegung geschaffen werden, wenn jede Gruppe sich von vornherein als "Avantgarde" anerkannt sehen will...? Im Gegenteil! Das wäre der Einheit genau entgegengerichtet, würde ein ernstes Hindernis für die Einheit bilden.

"Die Einheit der Marxisten-Leninisten kann... nur in einem längeren Prozess hergestellt werden. In diesem Prozess müssen sich die Marxisten-Leninisten - wo sie sich auch derzeit immer befinden - das Ziel setzen, eine schrittweise Einheit zu erzielen. Dabei muß die ideologische Einheit immer Vorrang haben. Bei ihrer Arbeit müssen die Marxisten-Leninisten - ohne irgendeinen absurden Alleinvertragsanspruch - in allen Organisationen versuchen, immer enger miteinander zusammenzuarbeiten. Nur so kann allmählich eine einheitliche marxistisch-leninistische Führung des Klassenkampfes erzielt werden, und nur so ist gewährleistet, daß eine Partei aufgebaut wird, in der alle Marxisten-Leninisten vereinigt sind. Dies ist der einzig erfolgreiche Weg, die historisch bedingte Spaltung der westdeutschen Revolutionäre zu beseitigen und eine Partei aufzubauen, die wirklich in den Massen verankert ist." (Stellungnahme von ehemaligen Mitgliedern der KPD/ML-Roter Morgen in München, April 71)

Wichtig ist die Aussage, daß "die ideologische Einheit immer Vorrang haben" muß. Die Experimente einer ausschließlich oder vorwiegend organisatorischen Einheit werden scheitern oder sind schon gescheitert. Ohne die politisch-theoretische Einheit gibt es auch keine organisatorische Einheit. Lenin stellte nachdrücklich fest: "Die Einheit ist eine große Sache und eine große Lösung! Doch die Arbeitersache braucht die Einheit unter den Marxisten, nicht aber die Einheit der Marxisten mit den Gegnern und Verfallschern des Marxismus." (Lenin, Über die Verletzung der Einheit, bemäntelt durch Geschrei über die Einheit, Werke, Bd. 20)

Es wird von bestimmter Seite vorgeschlagen, die prinzipienlose Polemik einzustellen. Das ist ein ausgezeichnete Vorschlag! Das politisch nicht fundierte Geschwätz von "Avantgarde", "Führungsanspruch",

"Spalter" usw. sollte ebenfalls eingestellt werden! Aber reicht denn das? Natürlich nicht! Jetzt kommt es darauf an, die Diskussion um die Grundfragen unserer Bewegung ernsthaft und unter der Perspektive der Einheit zu eröffnen. Diese Diskussion sollte selbstverständlich mit Argumenten geführt werden, und nicht durch intensives Herumwedeln mit "Anerkennungsschreiben aus Tirana".

Zum Teufel mit dem „sklavischen Gehorsam“

Wir können von unseren ausländischen Genossen sehr viel lernen, aber es sollte nicht die bequeme Auffassung einreißen, daß die westdeutschen Kommunisten nicht mehr selbst zu denken brauchen, "weil die albanischen Genossen schon wissen, was richtig ist". Eine solche Haltung ist typisch für die revisionistischen Parteien, aber völlig unvereinbar mit den Erfordernissen einer revolutionären kommunistischen Partei. In dieser Haltung kommt die kleinbürgerliche Mentalität des "geborenen Untertanen" zum Ausdruck, aber nicht das Denken proletarischer Revolutionäre! Mao Tse-tung lehrt uns: "Worauf auch der Kommunist stößt, er muß stets fragen: WARUM? Er muß es alleseitig und selbstständig durchdenken; er muß überlegen, ob es der Realität entspricht, und wirklich wohlbegründet ist; man darf in keinem Fall blindlings mitlaufen und sklavischen Gehorsam fordern." (Der Arbeitsstil der Partei ausrichten, Februar 1942) Ernst Thälmann brachte für die alte KPD vor 1933 die Auffassung zum Ausdruck, daß der Prüfstein für einen Kommunisten ist seine positive Einstellung zur Sowjetunion. - Das war damals ganz gewiß richtig. Diese konkrete Wahrheit wurde aber mehr und mehr von ihren politischen Voraussetzungen abgelöst und zu einer Mentalität blinder Nachtreter. Das hat der Entwicklung der KPD zum Revisionismus schließlich Vorschub geleistet.

Heute kann man getrost die Haltung zur Volksrepublik China als Prüfstein ansehen. Aber die Mentalität des blinden Nachtrabs darf nicht mehr hingenommen werden, denn sie öffnet dem Opportunismus und Revisionismus Tür und Tor!

Die chinesischen Genossen denken ja auch gar nicht daran, die internationale kommunistische Bewegung "zentral anzuleiten" und sich in die inneren Angelegenheiten der kommunistischen Bewegung unseres Landes einzumischen, wie das einigen Leuten vorzuschweben scheint. Die chinesischen Genossen erklären unmißverständlich, "daß die kommunistische Weltbewegung kein feudaler Klan ist. Alle Bruderparteien, ausnahmslos, ob groß oder klein, ob alt oder neu, ob an der Regierung oder nicht, sind unabhängig, selbstständig und gleichberechtigt... Heutzutage ist in der internationalen kommunistischen Bewegung die Frage, wer das Recht auf die Führung habe, gegenstandslos. Die Beziehungen zwischen den Bruderparteien sollen auf ihrer Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und völligen Gleichheit, zugleich aber auch auf ihrer Solidarität beruhen... Die Frage, vor der heute alle Kommunisten und die gesamte kommunistische Weltbewegung stehen, lautet nicht, wer wen führen soll, sondern, ob man am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festhalten oder sich dem Revisionismus und Spaltertum der Führung der KPD unterwerfen soll."

Wir schlagen vor, ausgehend von den Erfordernissen des proletarischen Klassenkampfes und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus die Diskussion um die zentralen Fragen kommunistischer Politik mit dem Ziel der politisch-theoretischen und organisatorischen Einheit und Abgrenzung zu führen.

Über welche politischen Differenzen muß diskutiert werden ?

(Kurze Thesen)

I. DER HAUPTWIDERSPRUCH

Nach unserer Auffassung sollte davon ausgegangen werden, daß der in Westdeutschland zu lösende Hauptwiderspruch der zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist. Dieser Widerspruch ist nur durch eine sozialistische Revolution zu lösen, die wegen des erbitterten Widerstandes der Kapitalistenklasse wahrscheinlich einen bewaffneten Aufstand erfordern wird.

Unter richtiger Beachtung und Ausnutzung von Nebenwidersprüchen muß die Arbeiterklasse Verbündete in anderen Teilen der Bevölkerung gewinnen (Bauern, Intelligenz, Kleinbürgertum). Die imperialistische Kapitalistenklasse muß als Hauptfeind angesehen werden; die These vom "Dreibund" (Kapital-Staat-Gewerkschaftsführung) als Hauptfeind ist falsch. Die Kapitalisten gehen mit ihrem Staat keinen "Bund" ein, sondern kontrollieren ihn vollständig. Die Gewerkschaftsbürokratie ist kein Hauptfeind. Der Hauptstoß muß entschieden gegen den westdeutschen Imperialismus gerichtet werden mit dem Ziel der Erweiterung der fortschrittlichen Kräfte, Gewinnung der Zwischenschichten und Isolierung des Hauptfeindes. Die These vom "Hauptstoß gegen die Zwischenkräfte" ist falsch.

II. DIE FASCHISTISCHE GEFAHR

Die kommende Krise erhöht die Gefahr faschistischer "Lösungsversuche" durch die Kapitalistenklasse. Auf diese Gefahr müssen sich die Kommunisten rechtzeitig einstellen und in ihrer Massen-Arbeit hinweisen. Die Meinung ist falsch und sehr gefährlich, daß die Kommunisten warten sollten, bis der Faschismus "die Hauptseite bildet", d.h. zur vorherrschenden Tendenz der Kapitalistenklasse wird. Die SPD/FDP-Regierung leistet durch ihre ganze Politik der faschistischen Gefahr Vorschub. Falsch ist jedoch die These vom "Hauptstoß gegen die SPD" mit der Begründung, daß "die SPD-FDP-Regierung die Aufgabe der Faschisierung viel besser übernimmt" als etwa die CDU/CSU. Gegen alle faschistischen Provokationen und terroristischen Umtriebe der Rechtsradikalen müssen die Kommunisten einen breiten Widerstand organisieren. Die Ansicht, daß die Kommunisten durch antifaschistische Aktionen "die Faschisten unnötig aufwerten und ihnen unnötig Publizität verschaffen würden" und "vom Hauptfeind ablenken würden", sind Ausdruck eines gefährlichen Kapitalintuentums unter pseudo-"linkem" Mäntelchen. Der Kampf gegen die faschistische Gefahr sollte mit den aktuellen Klassenkämpfen auf politischem und ökonomischem Gebiet eng verbunden werden. Ein beschränkter, abstrakter "Antifaschismus" ohne eindeutig antikapitalistische Stoßrichtung würde zu rechtsopportunistischen Fehlern führen und den Zielen dieses Kampfes zuwiderlaufen.

III. DER DEMOKRATISCHE KAMPF

Die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Kommunisten sollten daher nicht nur am demokratischen Kampf teilnehmen, sondern sollten sich bemühen, zur führenden Kraft des demokratischen Kampfes zu werden. Der Marxismus-Leninismus geht davon aus, daß zwar ebenso bürgerliche Demokratie wie bürgerliche Diktatur beide Unterdrückungsinstrumente der Kapitalistenklasse sind; daß es aber der Arbeiterklasse keineswegs gleichgültig sein kann, ob bürgerliche Demokratie oder bürgerliche Diktatur besteht. "Eine breitere, freiere, offenere Form des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Lenin, Staat und Revolution, IV. Kap.) Der demokratische Kampf vermag noch nicht zur Befreiung der Arbeiterklasse zu führen, aber er verbessert ihre Ausgangsstellungen im Kampf um die Macht. Es sollte außerdem berücksichtigt werden, daß der demokratische Kampf ausgezeichnete Möglichkeiten bietet, ein breites Bündnis verschiedener Volkskräfte um die Arbeiterklasse als führenden Kern zu schaffen und dieses Bündnis im gemeinsamen Kampf zu festigen. Der demokratische Kampf muß klar gegen die revisionistische Demagogie der "demokratischen Erneuerung von Staat und Gesellschaft" abgegrenzt werden, durch die der Kampf um die Macht im Staat durch ein sogenanntes "Zurückdrängen der Macht der Monopole" angeblich ersetzt werden soll.

IV. DIE BÜNDNISPOLITIK

Die Bündnispolitik ist ein aktuelles Problem unserer Praxis, und daher gibt es gerade in dieser Frage noch große Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse. Einige Leute halten überhaupt jedes Bündnisangebot an die Revisionisten, Sozialdemokraten usw., jede Zusammenarbeit mit ihnen, für einen "Verrat an der Sache des Marxismus-Leninismus". Wie beurteilen diese Leute wohl die Politik der Partei Lenins, die nach dessen eigenen Worten "voll ist von Fällen des Lavierens, des Paktierens, der Kompromisse mit anderen, darunter auch mit bürgerlichen Parteien"? (Lenin, "Linker Radikalismus") Nach unserer Meinung sollten sich die Kommunisten darum bemühen, in jeder konkreten Frage zur treibenden Kraft und führendem Kern breiter Bündnisse zu werden. Das schließt direkte Bündnisangebote an die Führungen anderer Organisationen ein, ohne sich auf diese Formen zu beschränken. Strategisch gesehen muß die Einheit von unten (an der Basis) geschaffen werden; taktisch kann in Einzelfällen auch die Einheit von oben (z.B. Bündnisangebote, Offene

Briefe, organisatorische Absprachen usw.) nützlich und notwendig sein. Einige Genossen meinen, daß die Kommunisten z.Z. für eine Bündnispolitik noch zu schwach sind und dabei Gefahr laufen, "ihren eigenen Standpunkt zu verwässern". Seltsamerweise wird das auch von Leuten erklärt, die sonst nicht zögern, sich lauthals als "Avantgarde" anzupreisen, die "die Kämpfe der Arbeiterklasse leitet". Die notwendige Prinzipienfestigkeit z.B. gegenüber dem Revisionismus entsteht nicht im "Treibhaus" sektiererischer Abkapselung, sondern in den "Wettern und Stürmen" einer praktischen Bündnispolitik. Die revisionistische DKP-Führung hat hinreichend bewiesen, daß sie zu Aktionsbündnissen mit den Marxisten-Leninisten nicht bereit ist. Es ist notwendig, die doppelzüngige Demagogie der DKP-Führung zu entlarven, die pharisäisch von Aktionseinheit redet, aber fortgesetzt gegen die Aktionseinheit handelt. Aktionsbündnisse und Aktionseinheit bedeuten nicht Unterordnung unter Revisionisten, Liberale usw. Den desorientierenden Lösungen der kleinbürgerlichen Kräfte müssen korrekte Lösungen entgegengesetzt werden, die die grundsätzlichen Forderungen und Interessen des werktätigen Volkes zum Ausdruck bringen.

V. GEWERKSCHAFTSPRAGE

Die gegenwärtige Führung des DGB besteht weitgehend aus waschechten Arbeiterverrätern, die sich den Kapitalisten verkauft haben. Das hat zur Folge, daß der DGB seiner Funktion als gewerkschaftliche Kampforganisation der Arbeiter zur Zeit nicht gerecht werden kann. Die Versuche, den DGB wieder zur Kampforganisation der Arbeiter zu machen, werden langfristig zur Spaltung des DGB durch die Arbeiterverräter führen. Wir halten für notwendig, daß die Kommunisten diese Absichten der Arbeiterverräter rechtzeitig enthüllen, wobei gleichzeitig klargestellt werden muß, daß wir Kommunisten für die Einheit der Gewerkschaften sind und eine Spaltung ablehnen. Wenn eine Spaltung der Gewerkschaften eintritt, so muß die Verantwortung der Arbeiterverräter eindeutig und offensichtlich sein. Es ist falsch, wenn einige Leute von sich aus auf eine Spaltung orientieren und mit dem Schlagwort der "Roten Gewerkschaften" ein leichtfertiges Spiel treiben. Die kommunistische Agitation und Propaganda soll auf die Unverzichtbarkeit kampfstarker gewerkschaftlicher Organisationen der Arbeiterklasse hinweisen. Parolen, in denen pauschal gegen "die Gewerkschaften" als Organisation polemisiert wird, sind falsch. Zwischen der Rolle der Arbeiterverräter und den Gewerkschaften insgesamt muß ein klarer Unterschied gemacht werden.

VI. AGITATION UND PROPAGANDA

Die Arbeiter werden zur Zeit mit wahren Strömen bedruckten Papiers von verschiedenen Gruppen überflutet. Wir bezweifeln, daß diese Papiere immer mit der nötigen Sorgfalt und Verantwortungsgefühl angefertigt werden. Was heute als gedruckte Äußerungen der Kommunisten an die Arbeiter verteilt wird, wird zweifellos auf lange Zeit das Verhältnis zwischen Kommunisten und übriger Arbeiterbewegung entscheidend bestimmen. Die Agitation und Propaganda sollte dazu dienen, die Kommunisten der übrigen Arbeiterbewegung zu nähern, und nicht, sie zu isolieren. Genau diese Wirkung hat aber das leichtfertige Verbreiten abstrakt "revolutionärer" Phrasen und das selbstgefällige, dumm-dreiste Auftreten gewisser selbsternannter "Avantgarden". Ohne enge Verknüpfung mit der ökonomischen und politischen Agitation gibt es keine revolutionäre Propaganda, sondern nur konterrevolutionäres Geschwätz. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen muß von den Kommunisten aus den Klassenkämpfen heraus entwickelt werden, und nicht losgelöst von ihnen. Die Einsicht in diese Notwendigkeit entsteht nicht durch schön-radikales abstraktes Geschwätz, sondern diese Einsicht kann von den Kommunisten nur in langer Arbeit und in enger Verbindung mit der Praxis hergestellt werden.

Wir drucken im Folgenden einen Artikel ab, der unter dem Titel **BEFREIT EUCH VON EGOTISTISCHEN INTERESSEN UND SCHLIESST EIN GROSSES BÜNDNIS DER REVOLUTIONÄREN REBELLEN** in der "Peking Rundschau" vom 21. Februar 1967 erschienen ist. Die Verfasser sind Genossen vom damaligen "III. Hauptquartier der Roten Garden in der Hauptstadt".

Wir drucken diesen Artikel ab, weil er uns in anschaulicher Weise und erklärtermaßen vom proletarischen Klassenstandpunkt aus bestimmte kleinbürgerliche Tendenzen zu schildern scheint, die auch bei der gegenwärtigen Zersplitterung der revolutionären Kräfte in unserm Land eine Rolle spielen.

Wir verstehen den Abdruck dieses Artikels nicht als moralischen Appell zu einer prinzipienlosen "Einheit" aller mit jedem, wohl aber als Denkanstoß, die Beziehungen zwischen den verschiedenen revolutionären Organisationen auf eine neue Grundlage zu stellen, wie das in den lokalen Aktionsbündnissen zum 1. Mai schon vielerorts praktisch erprobt wurde.

Schließt ein grosses Bündnis!

Im wesentlichen ist die große proletarische Kulturrevolution ein Kampf, mit welchem das Proletariat der Bourgeoisie die Macht entreißt. Der Kampf, den die proletarischen Revolutionäre in Vereinigung mit den gesamten revolutionären Massen führen, um der Handvoll von Leuten innerhalb der Partei, die Machtpositionen innehaben und den kapitalistischen Weg gehen, und den Starkköpfen, die sich an der bürgerlichen reaktionären Linie festklammern, die Macht zu entreißen, ist ein Massenkampf zur Erringung der Macht von unten her, ein Kampf für die Machtergreifung, der noch tiefer geht als damals in der demokratischen Revolution. Dies ist eine sehr schwierige und komplizierte Aufgabe. Damit diese Aufgabe erfüllt werden kann, sind starke revolutionäre Verbände, straffe Organisation, strikte Disziplin und ein großes Bündnis der proletarischen revolutionären Kräfte erforderlich.

Die revolutionären Massenorganisationen, die im Sturm der Revolution entstanden sind, haben bereits im Kampf gegen die bürgerliche reaktionäre Linie ein erstes bereitetes Zeugnis von ihrem mutigen Geist abgelegt. Als der weiße Terror herrschte, haben sie eine unmißverständliche Haltung, feste Entschlossenheit, hohen Sinn für Organisation und Disziplin und unentwegten kämpferischen Geist gezeigt; sie haben sich bei der Verteidigung der revolutionären Linie Vorsitzenden Maos Verdienste erworben. Die überwältigende Mehrheit der revolutionären Rebellenorganisationen haben sich aus früheren unterdrückten Minderheiten in Mehrheiten verwandelt, welche nun die Macht innehaben. Das veranschaulicht die Ausdehnung der revolutionären Kräfte und ist ein großer Sieg für die revolutionäre Linie Vorsitzenden Maos.

Die tiefgreifende Entwicklung der Bewegung und die Entfaltung der Revolution in immer größerem Ausmaß werden unweigerlich zu einem noch weitreichenderen Bündnis der revolutionären Kräfte führen. Die revolutionären Rebellen von Schanghai haben uns bereits ein glänzendes Beispiel dieses großen Bündnisses gegeben. Dieses große Bündnis hat die Lehre Mao Tse-tungs, die revolutionäre Linie Vorsitzenden Maos und die volle Entfaltung des proletarischen revolutionären Rebellengeistes zur Grundlage; es ist ein durch ständige Kritik und Selbstkritik erreichtes, kämpferisches und großes Bündnis. Ein derartiges Bündnis ist ein wahres, großes Bündnis der proletarischen Revolutionäre, nicht ein buntes Durcheinander verschiedener Gruppen, das auf Kompromissen, Eklektizismus und Opportunismus basiert. Dieses große Bündnis ist die grundlegende

Garantie für den Sieg der proletarischen Revolution. Ohne dieses Bündnis kann es keine erfolgreiche Machtergreifung geben; auch wenn die Macht vorläufig erobert ist, kann sie nicht gehalten und konsolidiert werden. Wenn wir uns vor Augen führen, wie geschickt unser Feind in jedem Stadium des Kampfes konterrevolutionäre Bündnisse gegen uns bildet, dann wird uns klar, wie dringend notwendig es ist, ein großes Bündnis der proletarischen Revolutionäre zu schließen.

Wenn wir uns aber im Licht des Artikels von Vorsitzendem Mao „Über die Berichtigung falscher Anschauungen in der Partei“ prüfen, gelangen wir zur Erkenntnis, daß es verschiedene falsche Tendenzen gibt, welche die Bildung dieses großen Bündnisses behindern und korrigiert werden müssen.

Demokratismus und Liberalismus. Unter dem weißen Terror der bürgerlichen Diktatur und dem gewaltigen Druck von außen her waren die Kräfte der revolutionären Rebellen straff organisiert und eng vereint; sie entfalteten einen militärischen und kämpferischen Arbeitsstil. Nachdem der Sieg errungen war und der Druck von außen abnahm, haben gewisse Organisationen und Leute die an sich selbst gestellten Anforderungen subjektiv heruntergeschraubt und Tendenzen von Demokratismus und Liberalismus erkennen lassen. Statt eine richtige Einheit in den revolutionären Reihen herzustellen, haben sie sich von den revolutionären Kräften isoliert, nach eigenem Gutdünken gehandelt und eine anarchische Situation heraufbeschwört. Das ist eine folgenschwere und schlechte Tendenz, die zersetzende Wirkung hat und die Einheit stört, die Organisation unterhöhlt, eine passive Haltung zur Arbeit bewirkt, Unstimmigkeiten hervorruft, die straffe Organisation und die strenge Disziplin beeinträchtigt und die Führung von den Massen trennt.

Das Bemühen, im Rampenlicht zu erscheinen. Gewisse Leute strecken ihre habgierigen Hände aus. Sie sind unfähig, große Dinge zu leisten, aber sie wollen auch keine einfache Arbeit verrichten. Sie strecken ihre Fühler überall dort aus, wo „ein Vorteil herauschaut“ und trachten nach Lob und Ruhm. Sie übernehmen enthusiastisch eine Aufgabe, die sie ins Rampenlicht stellt, aber weigern sich kategorisch, „anonym“ zu arbeiten.

Die „Gebirgsfestungs“-Mentalität. Es gibt einige Leute, die eine kleine Einheit kontrollieren und sich selbst zu deren „Beherrscher“ ernennen. Sie trachten nach Hegemonie und „starken Stellungen“. Sie meinen: Da ich viele Vorräte habe, starke Kräfte befehle und

noch mehr dokumentarisches Material und „Munition“ auf Lager habe, benötige ich nichts von den anderen. Hinsichtlich der Bildung eines Bündnisses sagen sie sich: ich bin der unumstrittene Führer, und ihr habt mir zu gehorchen. Andernfalls werde ich mit meinen Kräften eine Gebirgsfestung errichten, einen „neuen Weg“ gehen und meine Tapferkeit unter Beweis stellen. Das ist die Handlungsweise des Lumpenproletariats.

Sektierertum und Cliquesgeist. Leute mit solchen Ideen sind engstirnig. Sie sehen nur die geringe Anzahl ihrer eigenen Leute, ihrer eigenen kleinen Gruppe oder Abteilung, und haben kein Auge für die revolutionären Interessen der Gemeinschaft, für die Interessen des 700 Millionen zählenden chinesischen Volkes und der proletarischen Weltrevolution. Sie veranlassen eine Gruppe von Leuten, gegen eine andere zu kämpfen, und führen prinzipienlose Kämpfe gegen Andersdenkende. Das ist ausgeprägter Individualismus.

Dann kommen noch individualistische Haltungen jeder Art hinzu, die ausnahmslos zersetzende Wirkung auf das große proletarische revolutionäre Bündnis ausüben. Alle diese schlechten Tendenzen sind unproletarisch und entspringen der Bourgeoisie und dem Kleinbürgertum. Sie beeinträchtigen Ausdauer, Organisation, Disziplin, Festigkeit und Einheit der revolutionären Kräfte bei der Behandlung wichtiger Fragen. Sie führen in den revolutionären Reihen zur Auflösung, zu wandernder Haltung und zum Verlust der Kampfkraft; sie behindern sie bei der Bildung von Bündnissen und können schließlich zum Mißerfolg der Revolution führen.

Alle diese negativen Tendenzen entspringen der Krämer-Mentalität und dem Verlangen der nimmermüden Bourgeoisie nach Ruhm und materiellem Besitz. Letzten Endes können sie alle auf egoistische Interessen zurückgeführt werden. Gerade diese egoistischen Interessen sind es, die in den Köpfen vieler Genossen eine bürgerliche „Festung“ bilden. Der Machtkampf zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie geht auch in unserem Inneren weiter. Solange die „Macht“ in unserem Inneren nicht dem Proletariat gehört, d.h. solange die Stellungen in unserem Inneren nicht von der Lehre Mao Tse-tungs beherrscht werden, wird es auch dann nicht viel nützen, wenn wir denjenigen, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, die Macht entreißen.

Wir machen zwei Revolutionen auf einmal: einerseits formen wir die objektive Welt um, andererseits formen wir unsere subjektive Welt um. Wir führen auch gleichzeitig zwei Kämpfe zur Eroberung der Macht: einerseits entreißen wir denjenigen, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, die Macht, und andererseits entreißen wir den egoistischen Interessen in unserem Inneren die Macht. Nur wenn wir den egoistischen Interessen in unserem Inneren die Macht völlig entrisen haben, ist es möglich, im Kampf zur Erringung der Macht derjenigen, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, den völligen Sieg zu gewährleisten. Diese Machtergreifung in unserem Inneren ist ein langwieriger Prozeß. Aber dieser Kampf muß geführt werden. Ein solcher

Kampf erfordert den mutigen Geist, den man im Nahkampf mit dem Feind haben muß. Am besten können wir diesen Kampf führen, wenn wir die Lehren Vorsitzenden Maos befolgen, uns in den Fabriken und Dörfern in den mächtigen Strom der großen proletarischen Kulturrevolution stützen und mit den Arbeitern und Bauern eins werden. Die Verschmelzung der Intellektuellen mit den Arbeitern und Bauern ist für die Intellektuellen der einzige Weg, ihre schwachen Punkte zu beseitigen und sich zu revolutionieren. Das große Bündnis der revolutionären Arbeiter und revolutionären Bauern ist der Kern und die Hauptstütze des großen Bündnisses der proletarischen Revolutionäre im ganzen Land.

Gegenwärtig führen wir einen allseitigen Kampf auf nationaler Ebene, um jenen, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, die Macht zu entreißen.

Unsere Klassenfeinde machen verzweifelt die kleinste Bresche in unseren Reihen ausfindig, um Zwietracht zu säen, Unstimmigkeiten hervorzurufen und das große Bündnis der Revolutionäre zu sabotieren. Unsere Klassenfeinde sagen: laßt sie kämpfen und gegeneinander losziehen! Laßt es zu, daß sie uns die Macht entreißen, daß sie untereinander für die Ergreifung der Macht kämpfen und daß jeder nach seinem Gutdünken handelt. So werden unsere Klassenfeinde beiseite stehen und warten, bis sie uns auslachen können.

Was ist unsere Antwort an den Feind?

Unsere Antwort ist die Bildung eines großen, stahlgarten Bündnisses der proletarischen Revolutionäre.

Dank den großen revolutionären Lehrern Marx, Engels, Lenin und Stalin, unserem großen Führer Vorsitzenden Mao und den praktischen Erfahrungen in der großen Kulturrevolution während der letzten Monate haben die proletarischen Revolutionäre die riesige Bedeutung des großen Bündnisses wirklich und voll erfaßt. In absehbarer Zeit werden sie eine mächtige Armee der Kulturrevolution bilden, die über unbesiegbaren Mut, Solidarität und Loyalität verfügen wird. Die Bildung des großen Bündnisses der proletarischen Revolutionäre bedeutet den völligen Zusammenbruch der Handvoll von Leuten innerhalb der Partei, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, und der Starkköpfen, die sich an der bürgerlichen reaktionären Linie festklammern.

Revolutionäre Intellektuelle, vereinigt euch mit den revolutionären Arbeitern, revolutionären Bauern, revolutionären Funktionären und allen revolutionären Massen!

Sorgt dafür, daß die Handvoll Leute innerhalb der Partei, die in Machtpositionen sind und den kapitalistischen Weg gehen, und alle finsternen Kräfte vor dem großen Bündnis der proletarischen Revolutionäre erzittern!

Nieder mit dem Bestreben, im Rampenlicht zu stehen! Nieder mit dem Partikularismus! Nieder mit dem Sektierertum!

Lang lebe das große Bündnis der proletarischen Revolutionäre!

25 JAHRE SED

Am 21. April 1946 vollzogen die beiden deutschen Arbeiterparteien, KPD und SPD, auf dem Vereinigungsparteitag in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Gründung der SED. In den westlichen Besatzungszonen konnte die Vereinigung der deutschen Arbeiterparteien von den Kapitalisten und der anti-kommunistischen SPD-Führung unter Kurt Schumacher verhindert werden.

Durch die Vereinigung von KPD und SPD entstand die stärkste Arbeiterpartei, die es bis dahin in der Geschichte Deutschlands gegeben hatte: die SED vereinte zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1.330.000 Arbeiter und andere Werktätige in ihren Reihen. Die höchste Mitgliederzahl vor 1933 war bei der SPD 953.000 und bei der KPD 350.000.

Die Gründung der SED stand noch unter dem Eindruck und den Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus die Völker ganz Europas mit dem deutschen Faschismus gemacht hatten. Vor 1933 hatte die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse durch die Politik der SPD-Führung das Zustandekommen einer starken Einheitsfront der Arbeiterklasse behindert, die in der Lage gewesen wäre, die Kapitalistenklasse an der Errichtung ihrer faschistischen Diktatur zu hindern. Aus der mangelnden Einheit der Arbeiterklasse bei der Bekämpfung der faschistischen Bedrohung leiteten die Führungen von KPD und SPD in der damaligen SBZ den Schluß her, daß die Vereinigung nicht länger aufgeschoben werden dürfe.

Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED war zwar die organisatorische und politische, aber noch nicht die ideologische Einheit hergestellt worden. Wichtige theoretische und ideologische Fragen waren zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages noch unentschieden geblieben. (Weg zum Sozialismus, Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, Rolle der Sowjetunion u. a.). Daraus ergaben sich naturgemäß eine Reihe von Problemen und Widersprüchen.

In den darauffolgenden Jahren stand die antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf der Tagesordnung. Um die Gefahr des Faschismus ein für alle Mal zu bannen, war es notwendig, der Kapitalistenklasse die Staatsmacht zu entreißen und die wichtigsten Produktionsmittel in Staatsbesitz zu überführen. Dagegen wurde in den westlichen Besatzungszonen die Herrschaft der Kapitalisten nicht antastet. Vielmehr betrieben die westdeutschen Kapitalisten im Verein mit den westlichen Besatzungsmächten die Spaltung Deutschlands, die mit der Gründung der BRD im Jahre 1949 und mit der Eingliederung der BRD in die NATO ihren Abschluß fand.

Aufbau unter schwierigsten Bedingungen

Durch diese von den Imperialisten geschaffene Situation war die Gründung der DDR und die Entwicklung einer selbstständigen Wirtschaft erforderlich geworden, was die DDR vor besonders schwierige Aufgaben stellte, da eine eigene Grundstoffbasis sowie eine Schwerindustrie fast völlig fehlten. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Rohsteinen nur 1,3%, bei Steinkohle nur 2% und bei Stahl etwa 7% auf das Gebiet der DDR.

So waren in der DDR nach 1949 zugleich mehrere wichtige Aufgaben in Angriff zu nehmen. Der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Städte und der Wirtschaft, die Schaffung einer selbstständigen Schwerindustrie, die Zahlung von Reparationen für die vom deutschen Imperialismus verursachten Verwüstungen vor allem in der Sowjetunion und Polen, sowie die Errichtung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

1950 waren mit Abschluß des ersten Zweijahresplanes in der DDR die schwerwiegendsten Kriegsschäden in der Wirtschaft notdürftig beseitigt,

sodaß daran gedacht werden konnte, den Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Jahre 1950 betrug der Anteil der sozialistischen Wirtschaft am gesellschaftlichen Gesamtprodukt 61,8%, der Anteil der verstaatlichten Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion 76,5% sowie der Anteil des verstaatlichten Handels 47,3%. (Statist. Jahrbuch der DDR)

Bis Ende 1961 besserte sich die wirtschaftliche Lage der DDR nicht in dem erforderlichen Maße. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb weit hinter den Erwartungen zurück und die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften durch die Kapitalisten der BRD fügte der DDR erheblichen Schäden zu. "Wir haben... bis zum 13. August (1961) bedeutende ökonomische Verluste erlitten. Durch Abwerbung und organisierte Republikflucht haben wir Verluste im Umfang von mindestens 30 Milliarden Mark erlitten. Das entspricht etwa der Summe, die wir in den vergangenen zehn Jahren hätten investieren müssen, um eine hochmoderne, neu ausgerüstete, leistungsfähige Industrie zu besitzen..." (W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin/DDR 1966, S. 17)

Die Folgen der Abwerbung und des imperialistischen Wirtschaftskrieges trafen die gesamte DDR-Wirtschaft schwer: "Es verlangsamte sich das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität und der Akkumulation, während andererseits die Durchschnittslöhne schneller stiegen als geplant..." (um der Abwerbung entgegenzuwirken!)... Dadurch verringerte sich das Wachstumstempo wichtiger Zweige der Grundstoffindustrie und verzögerte sich die Lösung anderer Schwerpunktaufgaben der Wirtschaft, was sich unweigerlich auf die weitere Erhöhung des Lebensstandards auswirken mußte." (Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin/DDR 1969)

Hinzu kam, daß das Jahr 1961 eine Mißernte brachte, was eine "äußerst angespannte Futterlage" zur Folge hatte. "Hieraus ergaben sich Schwierigkeiten in der Fleischversorgung der Bevölkerung."

Primat der Politik!

Lenin betonte stets, daß die Politik gegenüber der Wirtschaft das Primat (Vorrangstellung) hat. Das bezeichnete Lenin überhaupt als das "ABC des Marxismus". In der DDR wurde diese Auffassung Lenins auf den Kopf gestellt und ein angebliches Primat der Wirtschaft propagiert. Tendenzen dazu hatte es schon immer gegeben. In Stefan Doernbergs "Kurze Geschichte der DDR" heißt es über

die Zeit 1946-48 bereits: "Immer stärker entfaltete sich in Ostdeutschland der neue Inhalt der Arbeiterbewegung: die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommen der neuen Produktionsverhältnisse..." (S. 133)

In der Krise 1960/61 wurde die revisionistische These vom Primat der Wirtschaft noch weiter getrieben. Mit Bezug auf November 1960/61 schreibt Doernberg: "Das Zentralkomitee der SED forderte alle Parteiorganisationen auf, sich vor allem auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu konzentrieren und dabei die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das wichtigste Anliegen zu betrachten." (S. 471) "Und einige Seiten weiter noch schlimmer: 'Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus...' Im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist demnach - auf deutschem Boden wie im Weltmaßstab - die Wirtschaft das Hauptfeld der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme." (S. 495)

Die revisionistische, anti-leninistische These vom Primat der Wirtschaft hat in der ökonomischen Ausgangssituation und Entwicklung der DDR ihre materielle Basis. Die DDR mußte den Aufbau des Sozialismus unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen in Angriff nehmen, sodaß im Bewußtsein auch vieler ehrlicher Staats- und Parteifunktionäre die Politik hinter die Lösung der brennenden wirtschaftlichen Probleme zurücktrat.

Die These vom Primat der Wirtschaft umgeht aber die Kernfrage, für wen produziert wird, für welche gesellschaftliche Entwicklung. In Wahrheit hat die Politik immer das Primat, unabhängig von den Erklärungen und Absichten einzelner Leute. Wenn also nicht die proletarische Politik das Primat hat, so hat die bürgerliche Politik den Vorrang. Das angebliche "Primat der Wirtschaft" bedeutet eben in Wahrheit Primat der bürgerlichen Politik.

Aus Mißtrauen gegenüber den politischen Meinungen und Gefühlen der Volksmassen erklärten die Revisionisten die "materielle Interessiertheit" der Menschen für die entscheidende Triebkraft der Produktion. Die These vom "Primat der Wirtschaft" teugnet den dialektischen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Wenn behauptet wird: "Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus", so wird konsequenterweise die Steigerung der Produktion um jeden Preis (Förderung des bürgerlichen Egoismus, "Preßtiege"-Denken, Akkord-System u. a.) zum Hauptziel. Aber der Sozialismus, die sozialistischen Produktionsverhältnisse - das sind nicht nur und nicht einmal in erster Linie die verstaatlichte Produktivkräfte. Er erfordert vielmehr einen besonderen politischen, juristischen, kulturellen u. a. Überbau. Es ist gerade dieser Überbau, was den entscheidenden Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausmacht.

Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Wochen war wieder davon die Rede, daß in der Sowjetunion "die materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" geschaffen wird. Das ist erstaunlich genug, wenn man bedenkt, daß sich in der Sowjetunion die Lohnunterschiede immer mehr vergrößern, daß die Privilegien und der Lebensstil der Führungsschicht immer unerträglicher werden, daß über eine "Verschlechterung der Arbeitsmoral" und "Zunahme der Trunksucht" offiziell geklagt wird usw. In dem, was die Revisionisten die "materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft" nennen, sind ihnen die Kapitalisten weit voraus, wie auch im sogenannten "wissenschaftlich-technischen Fortschritt". Ein Wettlauf auf diesem Gebiet kann im Grunde nur so aussehen, wie unter Chruschtschow, der einmal in der Woche versprach, "demnächst die USA zu überholen".

Die Revisionisten sehen nicht, daß sie im "Wettbewerb" mit den Kapitalisten entweder der revolutionären Initiative der Massen Raum geben müssen (was sie nicht wollen und als revisionistische Bürokraten auch nicht können) oder aber letzten Endes völlig zu den Ausbeutungsmethoden, Akkord-System, Entlohnungs-System usw. der kapitalistischen Gesellschaft, zur Autonomie der Betriebsführungen usw. übergehen müssen.

Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten - die in einer sozialistischen Gesellschaft natürlich möglich sind - erfordern, daß alle Anstrengungen auf die politische Seite konzentriert werden. z. B. Die der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zugefügten Schäden und die damit verbundenen Probleme (Abwerbung, niedrige Arbeitsproduktivität u. a.) waren im Grunde politischer Art (falsche Vorstellungen bei DDR-Bürgern über die kapitalistische Gesellschaft der BRD, Entfremdung zwischen SED und Volksmassen, falsche Einstellung zum sozialistischen Staat usw.). Entsprechend hätten diese Probleme vor allem politisch angegangen werden müssen, statt durch Anwendung des "Prinzips der materiellen Interessiertheit", (das allenfalls vorübergehend eine Hilfsrolle hätte spielen dürfen!)

Die chinesischen Genossen haben dieses Verhältnis so zum Ausdruck gebracht: "Wenn wir den Klassenkampf vergessen, die Revolution nicht machen und nur einseitig von der Produktion von Material, der Herstellung von Material und der eifrigen Beschäftigung mit der Mechanisierung in Anspruch genommen werden, werden unsere sozialistischen Unternehmen zu kapitalistischen entarten, wird die politische Macht ihre Farbe ändern, und alle Erregenschaften des wirtschaftlichen Aufbaus werden der Bourgeoisie in die Hände fallen und zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen benutzt werden. Daher ist es notwendig, zuerst die Revolutionierung durchzuführen und die Revolutionierung die Mechanisierung leiten zu lassen." (Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas, PEKING RUND-SCHAU, Nr. 43/1969)

In der Volksrepublik China wird ständig daran gearbeitet, die sozialistische Wirtschaft nicht nur "schneller, besser und ökonomischer" als die kapitalistische aufzubauen, sondern auch sozialistische Verhaltensweisen und Überbau-Strukturen zu entwickeln.

Vom marxistischen Standpunkt aus entspricht diese Zielsetzung der Erkenntnis der historischen Notwendigkeit, daß die Produktivkräfte sich ohne radikale Veränderung sowohl der Eigentumsverhältnisse als auch der gesamten Produktionsweise und Überbaustrukturen der Gesellschaft entweder überhaupt nicht oder nur in widersprüchlicher Form weiterentwickeln können (d. h. indem sie zunehmend sowohl auf materieller Ebene als auch im Bereich des Menschlichen selbst destruktive Kräfte hervorbringt.)

Die sozialistische Produktionsweise kann sich nur dann behaupten, kann nur dann Fortschritte machen, wenn sich die "Überbaustrukturen" in Form von sozialistischen Einstellungen, Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Vorstellungen herausbilden. Ohne adäquate Überbaustrukturen wird die ökonomische Basis, auf der man den Sozialismus aufzubauen versucht, durch rückläufige Veränderungen bedroht (Rückkehr zu "materiellen Anreizen", Prämiensystemen etc.), und zwar sowohl im Bereich der Produktivkräfte selbst, als auch im Bereich der Produktionsverhältnisse (Wiederzulassung erst kleiner, dann größerer Privatbetriebe etc.). Denn die Produktivkräfte laufen Gefahr, ihre Entwicklung zu verlangsamten, wenn sich die Einstellungen und Verhaltensweisen, die für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erforderlich sind, nicht schnell genug entwickeln, oder wenn sich Einstellungen und Verhaltensweisen sowie Wertssysteme rückläufig zu solchen entwickeln, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeichnen (materielle Interessiertheit, Egoismus etc.).

Unter den extrem schwierigen Bedingungen der Jahre

1960-62 begann in der DDR der schrittweise Übergang zum sogenannten "Neuen ökonomischen System der Planung und der Leitung" (NÖSPL). In einer ähnlichen Situation war auch in der von Lenin geführten Sowjetunion ein Rückzug angetreten worden, nämlich 1921 der vorübergehende Übergang zur Neuen ökonomischen Politik (NÖP) vollzogen worden. Aber im Unterschied zu den Revisionisten pflegte Lenin die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Er sagte: die NÖP bedeute "einen Schritt zurück für unsere sozialistische Staatsmacht". Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist. (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 744 ff.).

Wir sehen daran, wie Lenin über Notwendigkeiten den Arbeitern die Wahrheit sagte. Er sah die NÖP als "Schritt zurück" an, und er sagte das ohne Beschränkung. Das war Lenin! *Schreibe!* Die Revisionisten aber behaupten, daß ihr NÖSPL geradezu ein Schritt vorwärts sei. Sie sagen, daß die Verbesserung der Lohnunterschiede, der Übergang zum System der "materiellen Anreize", die Stärkung der Autonomie der Betriebsführungen usw. ein Schritt vorwärts sei. Lenin stellte das Problem der NÖP ehrlich dar, sodaß es möglich war, den Rückzug an einem bestimmten Punkt zu beenden und wieder zum Vormarsch über zu gehen; es war damit eine Garantie gegeben, daß der Schritt zurück nicht weiter als notwendig gegangen werden würde. Die Revisionisten dagegen bezeichnen das NÖSPL als Schritt nach vorn, und das bedeutet, daß sie diesen Weg ohne Umkehr immer weiter gehen wollen.

Der Übergang der DDR zum NÖSPL erfolgte seit Anfang 1962. Es besteht u. a. in der "Anwendung eines geschlossenen Systems ökonomischer Hebel zur Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit, in der "konsequenten Konzentration der Mittel und Kräfte auf die führenden Wirtschaftszweige" und im Übergang "von einer vorwiegend mengenmäßigen Planung... zu einer in erster Linie auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerichteten Perspektivplanung..." Unter "ökonomischen Hebeln" werden Kosten, Preise, Gewinn, Kredit, Zins, Lohn und Prämie verstanden, wobei der Gewinn "eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel" hat.

Die Revisionisten erklären dazu, die Wirtschaftsleitung sollte "auf der Grundlage der wissenschaftlichen fundierten Planung nunmehr vorwiegend mit ökonomischen Mitteln erfolgen", d. h. nach im Grunde marktwirtschaftlichen Prinzipien wie "Angebot und Nachfrage", Kredit-Politik, Nachfrage-Steuerung durch Werbung, Verhandlungen zwischen relativ selbstständigen Betriebsführungen, differenziertes Lohnsystem u. a.

Zwar sind in der DDR die wesentlichen Produktionsmittel in Staatseigentum überführt. Auch war die Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 abgeschlossen. Es handelt sich dabei aber nur um die Änderung der "juristischen Formen", d. h. der Eigentumsverhältnisse. Es sind dies die notwendigen Voraussetzungen, um die Produktionsverhältnisse zu sozialistischen umzuwandeln, d. h. die unmittelbaren Produzenten zu den tatsächlichen Herren über die Produktion und die von ihnen erarbeiteten Produkte werden zu lassen. Die chinesische Kulturrevolution hat in der Praxis belegt, daß auch unter den Verhältnissen des Staatseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht von selbst gewährleistet ist, daß sich die Massen zu

den unmittelbaren Herren der Produktion - gewissermaßen im Selbstlauf - entwickeln. Nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats geht der Klassenkampf unter anderen Bedingungen weiter. Wenn die Kapitalistenklasse ihre ökonomische Basis verloren hat, so hat sie noch starke Positionen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft etc. Auch nach der Entmachtung der Bourgeoisie bleibt die bürgerliche Arbeitsteilung in körperliche und geistige Arbeit noch für längere Zeit bestehen und kann in den proletarischen Kadem bürgerliche Bewußtseinsformen hervorbringen. Letztlich ist der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft, die nach Lenins Worten "mit den Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft behaftet" ist. Der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft kann nur erfolgreich vonstatten gehen, wenn die Überreste der kapitalistischen Produktionsverhältnisse völlig überwunden werden.

Die DDR-Theoretiker versuchen den Schluß nahezu legen, daß sich mit dem Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches und genossenschaftliches Eigentum schon sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt hätten:

"In der DDR ist das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln in der Form des Volkseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums zur festesten ökonomischen Grundlage der Gesellschaft geworden... Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft sind in der DDR die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle Mal beseitigt." (Programm der SED, Berlin 1963, S. 45)

Daß sich aber mit der Enteignung der meisten Kapitalisten noch lange nicht sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt haben, ist schon von Marx und Lenin hervorgehoben worden. Die Veränderung der Eigentumsformen ist nicht gleichbedeutend mit der Errichtung der gesellschaftlichen Fähigkeit und Macht, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen und über die Produkte zu verfügen. Sie ist weit davon entfernt, eine Vergesellschaftung im eigentlichen Sinn des Wortes zu sein. Aber nur diese kann bedeuten, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse durchsetzen, und daß die arbeitenden Massen zu den tatsächlichen Herren in allen Bereichen der Gesellschaft werden.

Die Gleichsetzung von sozialistischen Eigentumsformen, d. h. der juristischen Hülle, und sozialistischen Produktionsverhältnissen verschleiert die Tatsache, daß die Massen noch nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, daß die Erringung der Verfügungsgewalt über die Produktion noch aussteht.

In dem Maße aber, in dem sich in der DDR die Verhältnisse verfestigen und geradezu als "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" verherrlicht werden, der eine "Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle Mal unmöglich gemacht" hat - im selben Maße also konsolidiert sich auch die Herausbildung neuer Klassenverhältnisse, die Herrschaft der Spitzen der Partei-, Staats- und Wirtschaftsbürokratie, die eine neue Revolution notwendig macht.

DIE WARE IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Die DDR-Theoretiker wenden sich direkt gegen Marx, indem sie behaupten, es handle sich um eine "undialektische Interpretation etwa der Bemerkungen Marx zum Gothaer Programm", für "den Sozialismus die Bedeutung z. B. der Ware-Geld-Beziehung zu unterschätzen..." Vielmehr gelte es, "Warenproduktion, Wertgesetz, Preis, Gewinn etc. ... durch richtige Ausnutzung" erst voll "zur Wirkung" zu bringen. (nach W. Kallwein, in EINHEIT, hrsg. vom ZK der SED, Januar 1968, S. 68)

Auch Walter Ulbricht ist der Ansicht, daß fälschlicherweise "... Häufig die Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn und andere) als 'unvermeidliche Übel' betrachtet werden, deren Wirksamkeit überwunden werden muß... Deshalb besteht die Aufgabe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen voll auszunutzen." (W. Ulbricht, Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd. 2, Berlin 1968, S. 520)

Marx hat die Analyse der Ware an den Anfang des "Kapitals" gestellt. Er war der Ansicht, daß die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft im Keim in der Existenz der Warenproduktion enthalten sind, d. h. in den Widersprüchen, die in der Ware selbst angelegt sind. Marx hat die "verdinglichten" Bewußtseinsformen, den "Fetisch-Charakter der Ware", die im Kapitalismus den gesellschaftlichen Charakter der Produktion verschleiern, hervorgehoben. Er hat das falsche Bewußtsein der Menschen aus dem Warencharakter der Produkte hergeleitet und eindeutig darauf hingewiesen, daß die Warenproduktion im Sozialismus schrittweise abgebaut werden muß. Mit Marx waren alle revolutionären Marxisten der Ansicht, daß im Sozialismus der Warencharakter der Produkte absterben wird. Engels z. B. stellte fest: "Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten." (Anti-Dühring).

Die Revisionisten indessen sind anderer Meinung. Sie reden vom "Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse" und von der "Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus", ohne dabei den Warencharakter der Produkte zu beseitigen. Im Gegenteil wird die Arbeitskraft selbst immer mehr wieder zu einer Ware (Festsetzung der Löhne und Prämien durch die Betriebsführung, gegenseitige Abwertung von Arbeitskräften zwischen den Betrieben und Branchen, Akkord-System u. a.)

DER BETRIEB IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Das NÖSPL räumt dem Betrieb eine größere Selbstständigkeit ein, als das in den 50er Jahren in der DDR der Fall war. Das hängt mit der neuen Gestalt des Plans zusammen, die sich herausbildete. Die Lenkung der Betriebe erfolgt im NÖSPL nicht mehr durch direkte Material-Kennziffern, die vornehmlich auf den Gebrauchswert ausgerichtet waren, sondern mittels sogenannter "ökonomischer Hebel" wie Gewinn, Preis, Kredit, Zins etc., also durch Größen, die am Tauschwert orientiert sind.

Dabei hat der Gewinn "eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel". Von der Höhe des Gewinns des Betriebs hängt die Höhe der an die Arbeiter geleisteten Prämien und sozialen Leistungen ab. Vom Gewinn hängt aber auch ab, welche Mittel der Betrieb für neue Investitionen bereitstellen kann. Wurden früher die Investitionen im wesentlichen zentral geplant und aus dem Staatshaushalt abgedeckt, so müssen die Betriebe im NÖSPL aus ihrem Gewinn die notwendigen Ausgaben für die Neanschaffung moderner Maschinen und Einrichtungen, für Rationalisierungsmaßnahmen und andere Maßnahmen zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion bestreiten.

Die Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn ging einher mit der Umstellung in der Planerstellung. Auch hier wurde der Gewinn zum entscheidenden Kriterium. Eine auf einen Zeitraum von 20-25 Jahren ausgerichtete Prognose soll die ökonomischen und strukturellen Veränderungen der Volkswirtschaft analysieren, die erforderlich sind, um bei einem Mi-

nimum an Kosten ein Maximum von Gewinn zu erzielen. Auf der Grundlage dieser Prognostik werden dann die Perspektivpläne erstellt, die einen Zeitraum von 5 Jahren umfassen. Die dritte Stufe ist dann der jährliche Plan.

Die Tatsache, daß der Gewinn das Haupt-Kriterium für die Prognose und die Pläne ist, "verstärkt die Gefahr, daß der Plan nur 'Begleiter' einer Entwicklung ist, die nicht durch ihn, sondern durch die Warenverhältnisse bedingt ist. Wenn nämlich 'geplant' wird, was ohnehin kraft Reproduktion der Warenverhältnisse eintreten würde, wird die reale Bedeutung des Plans unterminiert. Der Plan bekämpft nicht mehr die Wirkung des Wertgesetzes, sondern er verdoppelt nur dessen Wirken." (W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration?, Erlangen 1971, S. 37)

So zeigt sich auch auf dem Gebiet der Planung, daß die Warenverhältnisse - die nach Meinung der DDR-Theoretiker "voll zur Geltung gebracht werden müssen" - mit der Existenz eines Planes, der als politisches Instrument Ausdruck der ökonomischen und gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung auf den Sozialismus, d. h. vornehmlich auf den Gebrauchswert gerichtete Produktion unveränderbar ist. "Die Warenverhältnisse dehnen sich aus, greifen um sich. Die notwendige Transformation der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte (als bewußt gestaltete, d. h. geplante) werden unmöglich." (Lindner, S. 37)

Die größere Selbstständigkeit der Betriebe äußert sich im Prinzip der "Eigenverantwortlichkeit" und in der "eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Rechnungsführung der Betriebe. Die Lenkung der Betriebe mittels "ökonomischer Hebel" und die staatlichen Plan-Normative stützen den Rahmen ab für die Verwendung der in eigener Verantwortung erwirtschafteten Gewinne. Die Akkumulation der Betriebe wird auf diese Weise nur noch indirekt gesteuert, wobei es mehr oder minder große Spielräume gibt. Die Grenzen dieses Spielraums ergeben sich: "... durch den Spielraum zwischen staatlich gesetzten Normativen und der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der sozialistische Warenproduzent (der Betrieb) kann durch Qualifizierung seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit diesen Spielraum ausdehnen." (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S. 357)

Die Orientierung auf den Gewinn verbunden mit der "Eigenverantwortlichkeit" der Betriebe hat die Herausbildung von eigenständigen Interessen der Betriebe gegenüber dem Staat und den Arbeitern zur Folge. Sie führen zu einer zunehmenden Pervertierung der bereits erreichten sozialistischen Formen und zu einer verstärkten Macht der Betriebsleiter, die die eigentliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben.

"Die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe ist die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus". (Harry Nick, Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus, Berlin 1970, S. 64) Der auf einen hohen Gewinn orientierte Betrieb hat ein natürliches Interesse an hohen Verkaufspreisen und niedrigen Fertigungspreisen. Auch eine Verschlechterung der Qualität der Produkte kann den Gewinn erhöhen. Auch der Drang, das staatliche Außenhandelsmonopol zu unterlaufen und zu durchbrechen, ist in der Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn angelegt. Nicht zuletzt hat der Betrieb das Bestreben, die Löhne und anderen Zuwendungen möglichst niedrig zu halten.

DAS "SYSTEM DER MATERIELLEN INTERESSIERTHEIT"

Das "System der materiellen Interessiertheit" wirkt also auf Betriebs-Ebene hauptsächlich durch die Orientierung am Gewinn. Die Eigeninteressen der Betriebsführungen sind im NÖSPL bewußt verstärkt worden. Die Eigeninteressen sind die Basis, auf der die "Stimulierung" mittels "materieller Interessiertheit" und "ökonomischer Hebel" im Rahmen der staatlichen Normative zur Wirkung ge-

bracht wird.

Für den einzelnen Arbeiter realisiert sich das System der "materiellen Interessiertheit" durch die Prämien, die zum Lohn gezahlt werden und durch wachsende Differenzierung der Löhne.

Es ist besonders hervorzuheben, daß die Prämien aus einem betrieblichen Prämienfond gezahlt werden, dessen Höhe von der Betriebsführung nach dem Gewinn festgelegt wird. Die Prämie ist also eine Art betrieblicher Gewinnbeteiligung, allerdings differenziert nach Qualifikation, Arbeitsleistung, Stellung in der betrieblichen Hierarchie u. a. Ebenso richtet sich die Höhe des betrieblichen Fond für soziale u. a. Zuwendungen und für soziale Leistungen (z. B. Betriebs-Kindergarten) nach der Höhe des Gewinns.

Das ist im Grunde ein Schritt zurück hinter das Prinzip "Jedem nach seiner Leistung", denn die Einflußmöglichkeiten der Arbeiter auf die Höhe des Gewinns und damit der betrieblichen Fonds sind sehr begrenzt. Wie wir sahen, müssen auch die Mittel für Rationalisierung, Anschaffung neuer Maschinen usw. aus den vom Betrieb selbst erwirtschafteten Mitteln bestritten werden, sodaß sich ein unrentabel oder wenig rentabel arbeitender Betrieb gewissermaßen in einem Teufelskreis bewegt, dem er aus eigener Kraft nicht entgehen kann. Das wiederum bedeutet Abwertung der betroffenen Arbeiter in Betrieben mit besseren Bedingungen, also die Ausdehnung eines Arbeitsmarktes, auf dem die Arbeiter ihre Arbeitskraft den Betriebsführungen anbieten müssen.

Auch hier kommt wieder zum Ausdruck, daß nicht die Arbeiter, sondern die Wirtschafts-Bürokraten die wahren Herren der Produktion sind.

ARBEITSTEILUNG IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM

Die Arbeitsteilung im NÖSPL hat eindeutig bürgerlichen Charakter. Das zeigt sich besonders in der krass unterschiedlichen Bewertung der "geistigen" und der "körperlichen" Arbeit. Es wird in zunehmendem Maße gefordert, die Löhne stärker zu differenzieren und die geistige Arbeit gegenüber der körperlichen höher zu bewerten.

"Man beklagt sich, daß bestimmte einfache, körperlich schwere Arbeiten zu hoch bewertet werden, und fordert, daß die qualifizierte Arbeit aufgestuft wird. Je höher die Technik in einem Betrieb, umso höhere Löhne sollen gezahlt werden." (Philip Neumann: Der "Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation", Kursbuch 23, S. 114)

"Der höchste Basislohn der jeweiligen Lohngruppe wird bei vollautomatisierten Prozessen mit zeitlichem Zwangsablauf, der niedrigste Basislohn bei manuellen Arbeiten und niedrigen Formen der Produktionsorganisation angewandt." (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S. 814)

Die Interessen, die hinter einer besonders hohen Bewertung der geistigen und der besonders qualifizierten Arbeit stehen, sind die der Kader in der Staats-, Partei- und Wirtschaftsbürokratie, sowie die der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, also jene Gesellschaftsschichten, die mehr und mehr zu einer führenden Klasse verschmelzen (obwohl zwischen diesen Gruppen natürlich auch Widersprüche bestehen).

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die in der DDR getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der "Eigenverantwortlichkeit" der Betriebe und Aufhebung der staatlichen Investitionsplanung und -lenkung sowie die verschärfte Anwendung des "Prinzips der materiellen Interessiertheit" auf Löhne und Prämien letzten Endes eine Rückkehr zur kapitalistischen Anarchie der Produktion und zur Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten.

KLASSENKAMPF IN SCHWEDEN

- , 50 Übersetzung einer Analyse der Genossen vom KOMMUNISTISCHEN BUND/MARXISTEN-LENINISTEN Schwedens zur allgemeinen Entwicklung des Klassenkampfes in Schweden und dem Streik der Grubenarbeiter Nordschwedens im Winter 1969/70.

"DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT" (2. Aufl.)

- , 50 Material zur Revision ismuskritik anhand eines Arbeitspapiers der AMS/Spartakus.

WAS SIND DIE SUPER-"LINKEN" UND WIE SCHADEN SIE DER SACHE DES PROLETARIATS ?

1. - Eine Untersuchung über die materiellen Ursachen des kleinbürgerlichen "Links"radikalismus und Kritik an den antikommunistischen Positionen des "Roten Morgen".

Hermann Remmele, SCHRITT HALTEN! (Warum muß der Kampf gegen zwei Fronten gerichtet werden)

3. - Nachdruck aus "Die Internationale", Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus der KPD, Frühjahr 1930. Remmele nimmt in diesem Artikel gründlich und mit vielen anschaulichen Beispielen gegen die "links"radikalen Tendenzen Stellung, wie sie damals in der KPD besonders von der Merker-Gruppe vertreten wurden.

KAB ARBEITER
ZEITUNG

Herausgeber : Gruppe KOMMUNISTISCHER ARBEITERBUND Hamburg
Anschrift : Joachim Welsch, 2 Hamburg 39, Alsterdorfer Str. 375c
Postscheckkonto : J. Welsch, Hamburg 3490 22

Die KAB-ARBEITERZEITUNG erscheint in der ersten Woche eines jeden Monats.
Preis -, 70 (Mengenrabatt auf Anfrage).
Abonnements und Versand einzelner Nummern nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das angegebene PSchKonto.